

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1204.

Nr. 163.

Breslau, Freitag, den 15. Juli 1910.

21. Jahrgang.

Die verkaufte Rettungsleine.

„Luzussteuern“.

Um sich vor dem Ertrinken in der brausenden roten Welt zu retten, greifen die blau-schwarzen Unbesenen nach dem Strick, der auch nur die geringste Aussicht bietet, sie für ein paar Tage über Wasser zu halten. Es gewährt ihnen ergötlichen Anblick, die Ritter und die Heiligen sich wechselseitig an eine solche Rettungsleine klammern und wechselseitig wieder mit allerhand Verrentungen abstützen zu sehen. Das dreiste Attentat der Finanzreform soll jetzt unter sechs Nebelschwaden verborgen werden durch den Sumpf, den die verblödeten Herrschaften vom Schnapsloch über die Ablehnung der sogenannten Luzussteuern durch die Sozialdemokraten ausführen. „Die reichen Kunden und Pfaffen“, so ruft der Chorus der Luzussteuern, „haben diese roten Volksbetrüger nicht einmal den schäumenden Champagner und das stänfernde Automobil versteuern wollen und wir hätten so gern dafür unsere Taler auf dem Altar des Vaterlandes geopfert.“ In hundert Varianten äußert sich die Enttäuschung der Wohlhabenden über die Schonung, die sie von Seiten der Roten erfahren. So faucht ein giftiger Pfaff in einem Tagesblatt des Volksvereins für das katholische Deutschland:

„Die Sozialdemokraten haben geradezu die Hölle gehandelt, von Anfang bis zu Ende. Die Sozialdemokratie stimmte gegen die Erhöhung der Champagnersteuer.
Die Sozialdemokratie stimmte gegen die Erhöhung der Wertpapiersteuer und erwies sich damit von neuem als die zuverlässigste „Vörsenschuttruppe“.
Die Sozialdemokratie stimmte gegen die Umfassung der Wertzuwachssteuer auf Grundstücke und legte so die schließende Hand auf den „mühseligen“ Gewinn.
Aus Bosheit stimmte die Sozialdemokratie gegen die Steuern auf das mobile Kapital.
Denn die Schrankenlocher es sich entwickeln kann, um so eher erhofft die Sozialdemokratie den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.“

Nicht minder schön heißt es in einem Reichsverbandssamphelet, das unter anderem auch in dem „Neuzeitler Tagesblatt“ eines sicheren Herrn Fests in Deutsch-Ostpreußen Ablegers der durch behördliche Aufträge leistungsfähig gewordenen Pastor Ritsche-Druckeret, abgedruckt war:

„Die Sozialdemokratie hat bisher noch alle Luzussteuern verworfen und damit wieder den Beweis geliefert, daß sie keine Arbeiterpartei und überhaupt keine Partei des kleinen Mannes, sondern vielmehr eine Schutztruppe des Großkapitals und des Geldverrentens ist.“

Wer gegen eine so herbeichtete Luzussteuer wie die Automobilsteuer stimmt, der beweist damit jedenfalls unter allen Umständen, daß er kein Herz für den kleinen Mann aus dem Volke hat.

Die Sozialdemokratie im Reichstage aber hat auch gegen die Champagnersteuer gestimmt und dieselbe mit aller Macht bekämpft. Daß die Führer der Sozialdemokratie, wie ja wie Bebel, Nollmar, Singer, Arons, Silbermann usw. um großen Teil Millionäre und schwerreiche Leute sind, für ihre Verlor den Champagner als ein unentbehrliches Getränk betrachten, glauben wir gern.“

Wenn man's hört, mag's leidlich scheinen. Wenn die sozialdemokratischen Organe schon zu Ausdrücken wie „Luzussteuern“ greifen und damit ihre eigenen erstarrten Champagnertrinker und Automobilfahrer titulieren, dann sind wir der Verständigung immerhin schon etwas näher. Bismarck war noch so unverschämt, die Besteuerung von Tabak und Bier als „Luzussteuer“ für die breite Masse anzusprechen, seine Epigonen wagen dieses Taschenspielerstücklein nicht mehr, sondern suchen gerissenerer und schärfer zu machen: Champagner, Automobile und Kennzettel — darauf fällt der berehrliche Wähler vielleicht noch hinein.

Wie also sieht's mit dieser Art „Luzussteuern“? Für die trifft recht offensichtlich zu, was schon Casselle in seinem Werke über die indirekten Steuern und die besthende Klasse vorgehoben hat:

Unten

Die Luzussteuern sind keine Luzussteuern, das heißt sie treffen auf Gegenständen des auch in den untersten Volksklassen allgemein üblichen Verbrauchs an Kaffee oder Tee, Branntwein, Seife, Licht usw. und würden daher wieder zu ihrem bei weitem größten Teil von den untersten Klassen, den Arbeitern, Bauern und Kleinbürgern aufgebracht —

Ober

aber sie sind wirkliche Luzussteuern und dann bringen sie nichts, nichts nämlich, was im Verhältnis zu den wirklichen Staatsbedürfnissen und Staatseinnahmen auch nur irgend der Rede wert ist und in Betracht kommen kann. Sehen wir uns die Automobilsteuer darauf an: Sie wird seit 1906 erhoben und ihr Ertrag war auf Millionen veranschlagt, den zehnten Teil dessen etwa, die Fahrkartensteuer bringen sollte. Aber sie brachte einmal diese Summe, sondern im abgeschlossenen Rechnungsjahre 1908 ganze 1,9 Millionen Mark. Da der Hofe im Pfeffer, Graf Oriola hätte, wäre die Automobilsteuer angenommen worden, ganz allein Millionen Mark von seinen 72 Millionen abgeben können, die Automobilsteuer aller Fege, die unsere Land-

straßen verstäubt, bringt zusammen nicht einmal zwei Drittel dieses Betrages! Sand in die Augen und Automobilbunt dazu! Das ist der Zweck dieser Art „Luzussteuern“. Es hört sich so schön an und eignet sich so prächtig zur Entwicklung des deutschen Reichs, wenn eine Automobilsteuer bewilligt wird, aber daß die breite Masse mit ihrer Zündholzsteuer allein das Zehnfache dessen aufbringen muß, wer denkt daran?

Nicht anders sieht es mit dem Luzuspferdegesetz. Was will es besagen, wenn neben 100.000 Arbeitspferden nur 6800 Renn-, Reit- und Luzuspferde eingeführt werden? Wenn in einem Jahre die Fockas und Equipagen- und Jagdstückhaber 46.000 Mark Pferdezoll bezahlen, die deutschen Bauern aber 28 Millionen? Sand in die Augen des Volkes, dem die eigene Wirtschaftsführung erschwert und dabei noch der Eindruck erweckt wird, daß die „Reichen“ mit Luzussteuern besonders gezwängt werden.

Und nun zum Champagner. Er liegt den Rittern und Heiligen besonders am Herzen und im Magen. Kein Wunder, denn mit ihm ließ sich der wertvollste Steuerschwindel entwerfen. Beantragte doch die Regierung Erhöhung der Branntweinsteuer um 100 Millionen Mark, Erhöhung der Biersteuer um 80 Millionen Mark und Erhöhung der Weinsteuern um 5 Millionen Mark! 180 gegen 5, es ist ganz einleuchtend, denn Wein wird natürlich viel weniger getrunken als Bier und leider auch Schnaps. Aber eine finanzielle Wirkung läßt sich natürlich mit dieser Luzussteuer ebenfalls nicht herbeiführen und auch sie dient nur zur Verschönerung des großen Raubes am arbeitenden Volke und am Mittelstande. Die Schwarzgenossen vom Zentrum leisteten sich hierbei noch einen Spezialschwindel. Da einige von ihnen in den Weinbergen gewähnt sind, mußten sie den auch nicht auf Rosen gebetteten Witzern versprechen, die Steuer abzulehnen. Das taten sie auch, sie stimmten dagegen oder — was noch bequemer — schwänzten die entscheidende Sitzung. So ist das Zentrum in der glänzenden Lage, im weinlosen Norddeutschland den Handwertern und Bauern zu erzählen: Wir haben die Weintrinker fest am Beutel gefaßt, am Rhein aber den Reinen Weinbauern zu versichern: Unsere Abgeordneten haben ihre Hand nicht zur Verleumdung Eurer Existenz geboten. Der Teufel selbst kann nicht listiger operieren, als seine ausgemachten Feinde, diese Pfaffen.

Ist deshalb die Besteuerung des Luzus vom Standpunkt der Sozialdemokraten überhaupt zu verwerfen? In dieser Form ja! Es gibt einen ehrlicheren, bequemeren und praktischeren Weg, die großen Vermögen und Einkommen im Staatsinteresse kräftig heranzunehmen. Nicht wenn die „Geldproben“, wie Pastor Ritsche sich ausdrückt, ihr Geld ausgeben, nein, schon wenn sie es einnehmen, muß die Schraube angezogen werden. Die „Luzussteuern“ der obengenannten Art bringen nichts ein und sind eine Täuschung. Wirkliche Luzussteuern sind gesteigerte Abgaben vom Einkommen und Vermögen. Die sind dem Staate sicherer als all der Fickelanz, der um die paar Millionen von Champagner und Automobilen hergemacht wird, sie bringen dreifach so viel ein und hängen nicht von den Launen der Besitzenden ab, sondern werden von jedem Reichen nach Maßgabe seines Einkommens erhoben. Sie erfüllen alle Anforderungen einer gerechten Besteuerung.

Nicht wenn er's ausgibt, sondern wenn er's einnimmt, soll der Profitjäger, der Prok, besteuert werden, und zwar so, daß man etwas davon sieht — diese Forderung ist es, die die Sozialdemokraten veranlaßt, die Schindelfsteuern abzulehnen, die obendrein eine Verleumdung der Industrie (Automobile) oder der Kleinbauern (Witzer) darstellen und zu der Mittelstandspolitik des Zentrums und der Konservativen in recht merkwürdigem Verhältnis stehen.

Das Volk läßt sich keinen blauen Dunst mehr vormachen, sondern sieht nicht mehr allein auf den schönen Namen der Luzussteuern, sondern darauf, was sie einbringen. Und dann ersticht es, wer „fribol von Anfang bis zum Ende“ gehandelt und schneidet den erdärmlichen Heuchlern die fauligen Rettungsleinen durch, die von dem Weintrinker jener sozialdemokratischen Führer fabeln, die ganze Lebensarter für die Sozialdemokratie gearbeitet haben.

Politische Uebersicht.

Der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Stuttgart.

Ein neues Schredmittel für Spießer ist gefunden: Stuttgart, eine königliche Haupt- und Residenzstadt in Deutschland, ist in Gefahr, einen sozialdemokratischen Bürgermeister zu bekommen. Das schließen die „Münch. Neuesten Nachrichten“ aus einer Abstimmung der Sozialdemokraten im württembergischen Landtage über die Bauordnung, bei der unsere Genossen das liberale Rezept befolgten, zu nehmen, was sie bekommen konnten. Den Grund embeckt das genannte Blatt wie folgt:

Der Abgeordnete Dr. Lindemann, der in der Landtagsaktion der Führer der Sozialdemokratie ist, soll nämlich der Kandidat für die nächste Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart werden. Der jetzige Oberbürgermeister ... ist am 15. März, und wenn

die Bürgerlichen sich nicht auf einen gemeinschaftlichen Kandidaten einigen, fällt der Sozialdemokratie der Posten zu. Man ist aber nicht nur die Wahl eines Sozialdemokraten durchzuführen, sondern auch seine Bestätigung durch den Rat, und um diese anstandslos erfolgen zu lassen, sucht sich die Sozialdemokratie nach oben angenehm zu machen.

Nachdem man noch das Gabelfrühstück in Friedrichshafen in kunstvolle Verbindung mit diesen Ereignissen gebracht hat, ist der rote Oberbürgermeister von Stuttgart fertig und die bekannte Spaltung der Sozialdemokratie rückt wieder in die Nähe.

Unsere Gegner wünschen uns ja alles Gute — aber sie beschleunigen den „Siegeszug“ etwas gar zu sehr. Sie sollten doch ein wenig an den „Reichsverband“ denken, der uns vorher noch tollkriegen will.

Noch ein Manöver.

In den Reihen der bürgerlichen Parteien scheint man für die kommenden Reichstagswahlen in vermehrtem Maße Arbeiter als Kandidaten aufstellen zu wollen. Die Nationalliberalen gedenken in Duisburg und Bochum Arbeiter als Kandidaten zu benennen. Die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine haben von der Fortschrittlichen Volkspartei verlangt, daß in einigen ausführenden Kreisen Arbeiter als Kandidaten aufgestellt werden. Auch die Konservativen haben bekanntlich für die bevorstehende Erswahl in Frankfurt a. D. einen Arbeiterkandidaten auf den Schild erhoben.

Bemerkenswert dabei ist aber, daß die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, Arbeiterkandidaten bloß in solchen Kreisen aufstellen, in denen an einem glatten Durchfall nicht gezweifelt werden kann. In sicheren Kreisen fällt es den bürgerlichen Parteien gar nicht ein, den von ihnen gleichhammeln Arbeitern irgend eine Konzeption zu machen.

Und was dann die gewählten Zentrumsarbeiter anlangt, so braucht man nur ihre Abstammung bei der Finanzreform anzusehen, um zu wissen, daß sie den Arbeiter ausgezogen und den Jesuiten angezogen haben, als es um die Interessen des Volkes ging. Genau so stand's bei den Polen.

Bürgerliche Arbeiterkandidaten sind blauer Dunst!

Der Weg zur Sozialdemokratie.

Zu dem Artikel des fortschrittlichen Abgeordneten Pothhoff über das soziale Programm des Liberalismus nimmt jetzt auch der Vorsitzende der Demokratischen Vereinigung, Dr. Breitscheid, in seinem Blatt „Das freie Volk“ in bemerkenswerter Weise Stellung. Breitscheid knüpft an Pothhoff's Zweifelsfrage an, ob denn überhaupt zwischen der nationalliberalen Unternehmerpartei und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine dritte Gruppierung möglich sei, um fortzufahren:

Diese Frage stellen, heißt sie beantworten. Es ist keine Partei möglich, die mit den Hundst und mit den Finken kämpft. Zwar versuchen die Fortschrittlichen, den sozialen Kampfen auszuweichen, aber sie werden gezwungen, Farbe zu bekennen, und sie bekennen, was Pothhoff nicht leugnen wird, die Unternehmerpartei kennt Pothhoff nur dies Entweder — Oder, so gibt's für ihn nur den einen Weg: zur Sozialdemokratie. Wenn anders er nicht, was sicher viele mit Freuden begrüßen würden, mit denen, die eben so denken wie er, sich der Gruppe anschließen will, die zwar auch zwischen Liberalen und Sozialdemokraten steht, aber nicht zögert, liberal abzuwachen, wo die Interessen von Rente und Arbeit gegeneinanderprallen, die Partei der Arbeit zu nehmen. Die sich nicht für verpöblich hält, schüchtern vor die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu treten und die sich in der sozialen Politik von der Sozialdemokratie nur dadurch unterscheidet, daß sie den theoretischen Erörterungen über die zukünftige Gestaltung des Wirtschaftslebens geringere Bedeutung beizumessen und daß sie es sich vor allem angelegen sein läßt, die jetzigen Schichten zu sammeln, die, ohne der Arbeiterklasse im engeren Sinne anzugehören, noch lernen müssen, daß sie als Vorkämpfer an der Seite der organisierten Arbeiter zu kämpfen haben.

Aus diesen Ausführungen des Führers der Demokratischen Vereinigung geht hervor, daß er seine Gruppe als eine der Sozialdemokratie in keiner Weise feindliche Parteigruppierung aufgefaßt wissen will. Dieser großen Entscheidungsfrage des Klassenkampfes kann eben auch die Demokratische Vereinigung nicht aus dem Wege gehen: die Diskussion über das Verhältnis von Arbeit und Rente, die in ihrer Mitte im Gange ist, zeigt deutlich genug, daß auch in ihr dieselben Reime der Befreiung wirken, die in der Fortschrittlichen Volkspartei am Werke sind. Zur Gründung einer großen Partei des blauen Bourgeoisrepublikanismus, die vielleicht noch Barth vor Augen schwebte, ist in Deutschland die Zeit vorbei; die jüngere Generation der kleinen bürgerlichen Demokraten gruppiert sich auch nicht mehr aus den Kreisen reicher Handelsherren, sondern aus denen der Beamten und Privatangehörigen.

Die reichen Handelsherren, die den Kern der freisinnigen Vereinigung bildeten, akzeptierten die politische Bürgerfreiheit als eine logisch und sachlich notwendige Begleiterscheinung der von ihnen angestrebten wirtschaftlichen Freiheit. Sie waren entscheidende Akteure als Parteiführer. Da sich die Kämpfe zwischen dem Unternehmertum und der Industriearbeiterschaft fern

von ihren Kontoren abspalten und ihren Sänblergeheim... kaum beeinträchtigt, kam ihnen der Widerspruch zwischen den Forderungen der Demokratie und ihren kapitalistischen Interessen nicht so bald zu Bewußtsein. Diese Elemente, obgleich in rascher Rechtsentwicklung begriffen, bilden noch heute den linken Flügel des Liberalismus. Geringfügig scheint sich die demokratische Vereinigung, die bekanntlich aus der alten Freisinnigen Vereinigung hervorgegangen ist, immer mehr zu einer Partei von Angesehenen oder, wie Breitscheid richtig sagt, von Lohnempfängern zu entwickeln. Wenn sich diese Gruppe konsequent weiterentwickelt, wird sie ihre kapitalistisch interessierten Elemente, so weit sie nicht ideologisch in ihr verankert sind, an den Liberalismus abstoßen und nicht bloß entschieden demokratisch, sondern auch entschieden sozialistisch sein. Aber wird sie dann neben der Sozialdemokratie ein Recht auf abgesonderte Existenz bewahren?

Der Frage nach der „zukünftigen Gestaltung des Wirtschaftslebens“ kann auf die Dauer niemand aus dem Wege gehen, der sich ernsthaft mit Politik beschäftigt. Hat sich doch auch Rathhoff schon zu der Einsicht bekannt, daß die privalkapitalistische Wirtschaftsordnung ein vergänglichendes Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung ist. Unterläßt man es, schützend vor die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu treten, so läßt sich solche Unterlassung nur aus der Überzeugung rechtfertigen, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung verschwinden wird, um einer höheren Ordnung Platz zu machen. Andernfalls würden sich die Demokraten dem Vorwurf aussetzen, den man den Sozialdemokraten nur mit Unrecht zu machen pflegt: sie wollten zerstören, ohne etwas Besseres an die Stelle des Alten zu setzen.

Wahlbetrachtungen und Wahlkonjekturen

sagen sich schon, obgleich wir noch ein Jahr vor dem eigentlichen Reichstags-Wahlkampf stehen. Eine gemeinsame Front des Liberalismus bei den nächsten Reichstagswahlen fordert die „Saale-Zeitung“, die dringend mahnt, das Trennende zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlichen beiseite zu lassen, und das zu betonen, was beide Parteien verbindet. Bei einem geschlossenen Vorgehen könne außerordentlich viel erreicht werden, während bei einer Zersplitterung im Jahre 1911 nicht weniger als zwölf Mandate gefährdet sind, und zwar Brandenburg (Nat.), Greifswald (Freis.), Rothenburg (Nat.), Dirmarschen (Nat.), Annaberg (Nat.), Plauen i. V. (Freis.), Eßlingen (Nat.), Pasingen (Freis.), Ulm (Freis.), Darmstadt (Nat.), Jena (Nat.), Worms (Nat.). In Jena und Worms, wo die Herren Lehmann und Seyl thronen, haben sich die Nationalliberalen allerdings mit den Bündlern auseinandergesetzt, ebenso in Rothenburg mit der Reichspartei. Bei dieser Aufstellung ist mit einem starken Anwachsen der Sozialdemokratie gerechnet. Ausschließliche Kreise sind gar nicht in Betracht gezogen worden. Neben diesen gefährdeten Kreisen gibt es noch dreizehn, in denen bei der Einigung der Liberalen ziemlich sicher in die Stichwahl kommt. So zum Beispiel in Freiburg i. B. und in Neuhaus-Geestmünde, wo Herr Sähns Herrlichkeit ein Ende nehmen würde. In zehn weiteren Kreisen kann ein geeinter Liberalismus im ersten Gange siegen und so Geld, Zeit und Mühen sparen, die besser angewendet werden können. Das gilt zum Beispiel von Tondern und Schleswig. Die „Saale-Zeitung“ schließt:

„Was in allem handelt es sich also um mehr als 50 Mandate. Da scheint die Frage denn doch nicht bloß diskutierbar, sondern eine der zwingendsten der Gegenwart. Ein Wahlkartell muß kommen, und es muß bald kommen. Man wende nicht ein, daß uns noch ein Jahr von den Wahlen trennt. Es ist ein Grundübel, daß der Liberalismus seine Kandidaten viel zu spät nominirt. Der Kandidat muß seinen Wählern bekannt, muß im Kreise beherzigt sein. In den wenigen Wochen der eigentlichen Wahlkampfzeit läßt sich verhältnismäßig wenig tun.“

Mit dem Aufmarsch für die nächsten Reichstagswahlen beschäftigt sich auch ein Rundschreiben des Geschäftsführers-

den Ausschusses der nationalliberalen Partei vom 6. Juli. Darin werden die einzelnen Wahlkreisorganisationen aufgefordert, bindende Abmachungen mit anderen Parteien nicht eher einzugehen, bevor sie sich mit der Vertreterparteistellung ins Benehmen gesetzt haben.

Alle diese Anzeichen zwingen die Sozialdemokratie, welche die äußerste, von allen angegriffene Position zu verteidigen hat, zu rechtzeitiger Formierung der Schlachtkolonnen.

Reichsversicherungsordnung. Die weitere Verablung über die Reichsversicherungsordnung führt in der Sitzung am Dienstag zur Ablehnung des § 463. Untere Genossen hatten die Streichung beantragt, weil man der Landesregierung gestatten wollte, die Versicherungsbeiträge für Dienstboten auszuheben, wenn für den Krankheitsfall durch Landesrecht Fürsorge für die Dienstboten getroffen ist. Diese Bestimmung konnte nur zum Nachteil der Dienstboten Anwendung finden und in die Krankenversicherung auch manche Unklarheit einbringen.

Die Kommission ging hierauf zu dem Kapitel **Unabhängige Arbeiter** über. Unabhängige Arbeiter sind solche, die in der Regel nur kurze Zeit bei einem Unternehmer beschäftigt werden, wie es insbesondere vielfach bei den Eisenarbeitern der Fall ist. Bisher waren diese Arbeiter nur dann versichert, wenn es durch Ortsstatut ausgesprochen wurde. Die Vorlage will dem Arbeiter die Verpflichtung auferlegen, die Beiträge selbst an die Kasse abzuführen. Untere Genossen wollen, daß dem Arbeiter eine Quittungsurkunde gegeben wird, in die der Unternehmer die Beiträge durch Marken quittiert. Es soll damit eine Beitragsleistung des Unternehmers herbeigeführt werden, da die Vorlage diesem einen Beitrag nicht auferlegt hat, und die Kosten der Krankenversicherung für diese Kategorie von Arbeitern aus Mitteln der Gemeinde decken will. Der Antrag unserer Genossen wird abgelehnt. Dafür stimmen auch noch die Vertreter der Volkspartei.

Der § 478 will für alle unabhängigen Arbeiter die Leistungen nach dem niedrigen Ortslohn bemessen. Auf Antrag **Porraann** (Volkspartei) wird der Kasse gestattet, den Ortslohn zu erhöhen. Untere Abgeordneten befürworteten auch für diese Arbeiter abgestufte Lohnklassen.

Die Satzungen der Krankenkassen können nach § 483 bestimmen, daß die unabhängigen Arbeiter, wenn sie von der Beitragsleistung befreit werden, nur Anspruch auf ärztliche Hilfe und freie Medizin haben. Nur unsere Genossen stimmen dagegen und damit gelangte die Vorlage zur Annahme.

Die übrigen Paragraphen wurden unverändert angenommen. Bei dem Kapitel **Hausgewerbe** entwickelte sich eine längere Debatte, in der insbesondere die Frage der Zugehörigkeit der Hausarbeiter zur Krankenkasse erörtert wurde. Beschlossen wurde, in der Regel die Hausgewerbetreibenden der Krankenkasse zuzurechnen, nur weil heute schon durch Ortsstatut die Versicherungspflicht der Heimarbeiter ausgesprochen ist, sollen sie ferner der Ortskrankenkasse angehören. Unverändert bleibt die Bestimmung, daß die Auftraggeber in der Hausindustrie Zuschläge zur Kasse bezahlen, die 2 Prozent der Lohnsumme ausmachen, die vom Verleger (Großkaufmann) an den Heimarbeiter gezahlt werden. Zu dem Zweck muß die Lohnliste der Gemeindeverwaltung eingereicht werden.

Nach den Knappheitsklassen wurde zu dem Kapitel **Freie Hilfsklassen** übergegangen. Die Vorlage läßt nach § 528 nur Klassen zu, die mindestens 1000 Mitglieder haben. Untere Genossen wollen diese Beschränkung aufheben. Bemerkenswert ist, daß von diesen Vorschriften die Zusatzklassen nicht betroffen werden. Von der Volkspartei wird beantragt, die Mindestzahl der Mitglieder auf 250 herabzusetzen. In der Kommission wird die Ansicht der Regierung, neue Klassen nicht mehr zuzulassen, von verschiedenen Seiten bekämpft. Untere Genossen betonen, daß sie gegen die Freien Hilfsklassen wären, wenn man die Betriebskrankenkassen aufgehoben hätte, da aber die Einseitigkeit der Organisation nicht durchzuführen wird, ist die Unterdrückung der Hilfsklassen unzulässig. Die Kommission beschließt, auch weiterhin die Hilfsklassen zuzulassen, aber die Voraussetzung ist, daß mindestens 1000 Mitglieder der Klasse angehören.

In den folgenden Paragraphen soll den freien Hilfsklassen die Verpflichtung auferlegt werden, die Mitglieder ohne Rücksicht auf das Alter und den Krankheitszustand aufzunehmen. Untere Genossen weisen darauf hin, daß mit dieser Bestimmung den Hilfsklassen eine schwere Last auferlegt wird, denn es werden sich nunmehr alle Personen, die krank sind, während der Krankheit doppelt versichern und den Hilfsklassen zur Last fallen. Diese Einwände führten dazu, eine Änderung herbeizuführen, wonach den Hilfsklassen gestattet ist, den Erkrankten die Aufnahme in die Klasse zu verweigern.

Ein englischer Bluff scheint die neue Kaiserbrief-Affäre zu sein. Die amerikanischen Blätter bringen an hervorragender Stelle die Darlegungen des Auswärtigen Amtes in der „Nicaragua-Affäre“ und bezeichnen die Meldungen der „United“-Presse als schlichte Erfindungen. „American“ erklärt, die Affäre nehme sich aus wie ein sehr alljährliches Pressemanöver. Auch andere Blätter bringen diese Verdächtigungen ohne Kommentar. — England wollte allerdings durch einen Bluff seine Teilnahme am japanisch-russischen Abkommen verdecken.

Nicht frohen Bergens. Der neue Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer-Merker hat in einer Rede bei der Einweihung des Bremer Kreisbauvereins die Trömmel gelautet: „Ich nicht frohen Bergens, sondern nach reiflicher Erwägung Erwählung meiner Pflicht dem Rufe gefolgt, den sicheren Pfaden der Politik mit dem in Bewegung gesetzten Werke von Berlin zu verlaufen. Was mir den Abschied erschwert, ist der Gedanke, viele Freunde zurückzulassen, mit denen ich zusammen zu arbeiten gewohnt bin und hinauszuweichen, um eine Arbeit zu übernehmen einem Feld, das mir nur zum Teil bekannt ist. Aber was mich mutigt, ist die Anerkennung, die mir hier und auch anderwärts angedeihen ist, und so hoffe ich, daß ich meiner neuen Aufgabe der Landwirtschaft und mit Ihnen Rechnung tragen kann.“ Herr Bergens wird Herr Schorlemer erst sein, wenn er wieder gehen wird.

Einfluß der Armenunterstützung auf das Wahlrecht. Die der „Post“ mitgeteilt, sollen die Vorarbeiten für einen Gesetzesentwurf im Gange sein, der den Einfluß der Armenunterstützung auf das Wahlrecht entsprechend einem Beschlusse des preussischen geordnetenhauses regelt. Gegenwärtig schweben Erhebungen bei einzelnen Ressorts, die noch nicht abgeschlossen sind. Geplant nicht nur das Landtagswahlrecht, sondern auch andere kommunale Wahlrechte in dem Entwurf zu berücksichtigen.

Die Spaltung der Nationalliberalen in Sachsen. Die Spaltung der Nationalliberalen in Sachsen nimmt unheimlich zugenommen. Am Dienstag tagte in Chemnitz der nationalliberale Verein, der vor kurzem dem Landtagsabgeordneten Langhammer ein Vertrauensvotum ausgestellt hatte. In Konsequenz dieses Beschlusses wählte man jetzt einen Langhammer scheinlich als Vorstand. Daraufhin konstituierte sich die Minorität als Sondergruppe des nationalliberalen Landesvereins. Ob diese Neugründung vom Hauptverein in Sachsen anerkannt werden wird, ist immerhin noch abzuwarten; nach den Satzungen des Vereins ist jedenfalls unzulässig.

Kein nationalliberal-bündlerisches Abkommen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ bezeichnet die Nachricht, daß zwischen dem Bund der Landwirte und den Nationalliberalen in Schleswig-Holstein ein Abkommen für die nächsten Reichstagswahlen zustande gekommen sei, als unzutreffend. Die Tatheit sei bereits im Dezember d. J. festgelegt und in der Sitzung vom 3. Juli nicht geändert worden.

Wassermanns Reichstagskandidatur. In einem Teil der nationalliberalen Presse ist die Spekulation aufgeführt worden, daß dem Abg. Wassermann die Kandidatur für Saarbrücken angetragen worden sei, sondern daß es sich nur um eine ganz unverbindliche Unterhaltung gehandelt habe. Demgegenüber stellt nun die „Nationalzeitung“, offenbar von Herrn Wassermann dazu ermächtigt, fest, daß der jegliche nationalliberale Vertreter des Kreises Saarbrücken, Geheimrat Volz, im Auftrage der nationalliberalen Organisation an den Abgeordneten Wassermann wegen Annahme der Kandidatur für diesen Kreis herangetreten ist.

Der Kreis Saarbrücken ist bei der letzten Wahl von den Nationalliberalen nur mit ganz knapper Mehrheit behauptet worden und auch diese knappe Mehrheit konnte nur durch geradezu beispiellose Wahlbeeinflussung erzielt werden. Wäre der Reichstagskandidat anders zusammengesetzt, hätte das Mandat des Abg. Volz ein für unzulässig erklärt werden müssen. Es hat den Anschein, als der Abg. Wassermann das Risiko dieses Wahlschwunders nicht auf sich nehmen will und darüber besteht natürlich gar kein Zweifel, daß der Kreis Saarbrücken von den Nationalliberalen ohne die schädliche Wahlbeeinflussung nicht zu halten ist.

Bündlerische Versammlungspraktiken. Zur Agitation unter den Kleinbauern hielt der Bund der Landwirte am vergangenen Sonntag (10. Juli) in Blattfeld, Kreis Solingen, eine „öffentliche politische Versammlung“, ab, in welcher der Geschäftsführer Peter Köhl referierte. Referat war gleichzeitig Versammlungsleiter und durch unheimlichen Zwischenfällen — nebenbei gesagt, Mitgliedern der fortschrittlichen Volkspartei — wiederholt mit Herausreden der Beginn der Diskussion setzte er die Redezeit auf 10 Minuten fest, ohne sich an den lebhaften Protesten der Versammlungsteilnehmer zu stören. Einem Genossen, der sich zum Wort gemeldet hatte, um die Geschäftsleitung im eigenen Interesse als erbärmliche Freigabe charakterisieren, wurde das Wort verweigert mit der Begründung, seien nur künftige Männer eingeladen. Ueber diese Vergewaltigung der Redefreiheit quittierten die Anwesenden, unter denen sich kein Sozialdemokrat befand, mit stürmischen Rufen: „Wui!“ und „Gemeinheit!“ Man erklärte, im Westen vom Zentrum zum manchem gewohnt zu sein, aber den Gipfel der Schamlosigkeit zu erreichen, bleibe doch anscheinend dem Bund der Landwirte vorbehalten. Die Mitglieder einen Mann wie Wolf Wagner, der ein Leben lang in ihre Dienste gestellt, wie einen Schuljungen behandelten.

Ein internationaler Freidenker-Kongreß, vom internationalen Freidenkerbund veranstaltet, soll in der Zeit vom 21. bis 24. August in Brüssel tagen.

Die 15. internationale, bildet die Gedächtnisfeier an die 30jährige Gründung des Internationalen Freidenkerbundes sowie zugleich die Gedächtnisfeier an die 25jährige Gründung des deutschen Freidenkerbundes. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: „Die Gewissensfreiheit und ihr Schutz.“

Zu den Begründern dieses Bundes gehörte u. a. Ludw. Büchner, Wilhelm Liebknecht, Cesar de Paepe, Herbert Spencer, Molekshott.

Roland von Berlin.

Roman von Willibald Alexis (W. Saring.) 115)

Wir hatten seinere Leute bei uns“, sprach leuzend der Gast. „Als es durch die Stadt lief, was in meinem Haus geschah, da beschickten sie mich von allen Seiten. Alles sei außer sich, es siebe und kochte. Die Stadt müßte die Schwach auf sich nehmen, die ihrem Meister geschahen. Ich dürfe es nicht sitzen lassen, vor den Rat müßte ich es bringen. Wo ich ihn noch dem Markgrafen das Wort rede, sei es klar, daß ich unter einer Leide mit ihm spiele. — Ja, dieselben, die das mit sagen ließen, am Tag drauf, im Rat, waren sie mächtig. Nur ich sprach und rebete, was der Kurfürst verlangte, und das sei eine Unbillde, der Stadt und ihren Freiheiten angehen, und daß wir ihm untertänigst vorstellen sollten, wie es nicht angäinge. Am der Stadt Boden gehöre der Stadt, und nicht dem Vantesherrn, und möchte er gnädigst den Beschluß zurückziehen: da schwoigen sie zuerst und dann ging ein Urtheil durch den Saal. Das sei ich nicht mehr an der Zeit. Nun war es zu spät. Man solle nicht den Born des Herrn auf sich laden. Was denn aus solchen Vorstellungen herausläme? Man hätte früher sprechen müssen. — Da geriet ich in Born. Wer hat denn geredet, als es Zeit war! — Das wollten sie nur, daß ich ihnen Vorwürfe machte. Nun überschrie's mich. Die Klantenselbstigen stellten dahinter. Ach, Herr Perwenitz, das waren Vorwürfe, aus der Luft gegriffen, aber sie schmeizten doch. Ob ich allein reden wollte? Ob ich ihnen Gelege geben und ihr Ruchherr sein wolle. Ob sie dem Markgrafen gehören sollten, wenn's mir gefiele, und nicht, wenn's ihnen gefiele? Vergeltens hätte ich ihnen vor, ich sei noch Zeit zu sprechen; wenn der Grundstein zum Schloße gelegt, wenn die Mauern aufwachsen, dann sei es zu spät, dann werde es Gespöhrung. Sie hörten meine Stimme nicht. Sie schrien, ich würde sie verfeinden mit dem Fürsten. Gans Meines von Edderief: „Unsere Güter sind leibar vom Markgrafen; der Markgrafen möchte, daß wir sie verfeinden, und dann weiß ich einen, der den Hof umfehrt, wenn's Güter verbleiben gibt!“ Ach, da die Geduld hüten. Herr Perwenitz.“

„Wenn's in Berlin Fremde schneit, in der Gassenstraße auch nicht weit“, sprach der Fremdenmann, „dann doch gemacht, sie schmelzen, wenn sie sie lassen will.“

„Was da politiken die Ritter herein, sagten, der Markgraf habe sie gerichtet: nachmalen erfuhr man's aber, sie kamen

nur vom Landeshauptmann. Russo Boß, der Lange mit dem höhnischen Gesicht, nahm das Wort, und wie er sprach, drehte er mir halbwegs den Rücken. Da merkten schon meine Feinde, wie es kumt, und jubelten. Der Russo wahrhaftig liebte doch nicht die Bürger; aber seine Rede, die schmeichle, als wollte er sieher Dies aufstellen, und lege ihm nichts am Herzen, als daß sie frei werden sollten von den Gekäckstern, die ihresgleichen wären, und hätten sich über sie erhoben. Wäre darum allein der Fürst gekommen in unsere Tore. Aber durch Schlaueit und Arglist hätten wir seine guten Anordnungen verkehrt. Darum nur hätte er die Mühlen zurückgefordert und das andere, damit die Gemeinheit gut bedient würde. Und daß er stets ein Aug' drauf habe, wollte der gute Fürst sich ein Haus bauen unter uns, inmitten beider Städte. Und ich hätte seine Boten schnell zurückgeschickt und mit Aufstand gedroht. Aber am Hof da kannten sie mich, und wer aus mir spreche, und daß ich nicht frei gewählter Meister sei von beiden Städten. Darum hätten sie den Born des gnädigen Herrn noch beschützt; denn wäre es graum, daß die Stadt und die guten Bürger litten, um was einer gedroht. Nun aber sei's hohe Zeit, daß sie sich entscheiden, ob sie ihrem Fürsten gehoramen wollten oder ihrem Bürgermeister. Der Fürst wollte ihr Gutes; was der Bürgermeister wolle, das wisse er nicht. Was der Fürst könne, das wisse er und sie alle, denn er könne mit Heeresmacht und Donnerbüchsen über sie stehen und die Mauern niederreißen und der Stadt ihre Privilegien nehmen, ihr Stadtrecht und ihre Niederlage, ihre Münze und ihre Zollfreiheit. Ob aber Hans Rathenow ein so mächtiger Mann sei, daß er sie vom Born des Gewaltigen schütze, das müßten sie besser wissen als er.

„Es ist unrecht, gute Leute verzeihen“, murmelte Niklas Perwenitz. „Der Traben sind überall wenig.“

Aber sie sind die Gekäckstern und Pfeiler, gegen die man das Gekäck richtet, wenn man ein steinern Haus nieder haben will. Die anderen Steine fallen dann von selbst. Und sie sind gefallen, und bröcklig und morsch sind die Mauern, und die Hand braucht nur drauf zu drücken, so fällt es ein. Wie Gott will, Herr Perwenitz. Ich habe viel gelitten; Lob und Preis ihm, daß ich schwächer alter Mann es ertrug.“

Da merkte der Wirt, daß sein Gast müde ward, und die Erinnerungen drückten ihn nieder. Er mochte nun nicht mehr fragen, ob er schon gern nach manchem aus seinem Munde gehört, was er mer durch das Gerücht und die andern wußte. Aber er stand auf und legte freundlich die Hand auf seine Schulter und sprach: „Ihr bedürft der Ruhe.“ Herr Johannes schweig und seufzte. Er stand auf und folgte ihm die Treppe hinauf in die Erlenstraße, wo die gute Frau Gerhild ihm ein weiches, lodes Bett aufgeschlagen hatte.

seines weiches Leinwand war darum geschlagen. Nun ruhe wohl, lieber Herr Johannes, unter meinem Lade. Morgen ist auch ein Tag, da wir mehr sprechen können, was Euch begehrt, und wie ich Euch helfen kann.“

Der Gast hatte sich auf das Bett gesetzt und hielt den Wirt freundlich die Hand hin: „Danke Euch, lieber Herr Perwenitz. Ach, ich hätte Euch noch so viel zu sagen. So lange Zeit her kein freundlich Gesicht sehen. Ihr macht mich an den Mann, der mich damals unter dem Arm faßte und herunter riß unter die Brüste, da die Steine mir schon in den Kopf flogen. Und das furchtbare Geschrei, als wär' ich ein Hochverräter, und hatte meine Stadt so lieb. Da war er mit einem Hühnerkittel um, und dann —“

„Morgen, morgen! heute schläft aus.“

„Was soll man sich nicht jeden Tag gern erinnern, was uns Gutes geschehe; zumal vor'm Schlafengehen!“

„Es war ein gemeiner Mann, als ich hörte, der Euch auf einem Raht zur Stadt raus brachte!“

„Freckel, von den Patriarchen kannte mich keiner. Die hatten ihre Türen geschlossen. Aber die Gemeinen tobten ja noch ärger draußen. War das nicht arger Unverstand, Herr Perwenitz; dervellen sie drinnen mich anschießen, die Herren, daß sie in Fehde brähte mit dem Fürsten, und seinen Willen nicht tun wollte wegen des Schlosses, da schrien sie draußen Steine auf ihn! Berzekt ihn! Er will uns verkaufen dem Markgrafen! — Herr Gott, rief ich, das will ich nicht. Ja, ich hörten mich nicht.“

„Das ist nun so in Berlin.“

„Nachher möchte es manchem gereuen“, fuhr Herr Johannes fort, aber war's, als spräche er mehr zu sich denn zu dem andern. „Als ich in Leuphitz war, schickte einer mich der andere zu mir, sie wollten für mich unterhandeln. So war ich zornig. Auch die Schummus.“

„Wunderle es uns alle, daß Euch der Markgrafen im Stich ließ. Ihr hattet Euch doch wieder mit ihm vertragen.“

„Solch ein reicher Mann will haben, man soll immer auf seiner Schwelle sehn. Dieß mir auch dahin sagen, er wolle es durchführen für mich im Rat und vor den Ständen. Da sollte ich ihm aber Vollmacht senden, daß er tue, wie er ihm recht dünkt. Ihm und seinen Schreibern. Denn ich bin unflug und aufbrausend, und verstände nicht mein' eigene Sache zu führen. Ich ließ ihm wieder sagen — doch das gebührt nicht her.“

„Ihr hattet einen Freund in den Städten.“

„Undeide von Ahen ist tot.“

(Fortsetzung folgt.)

1. Beilage zu Nr. 163 der „Volkswacht“.

Freitag, den 15. Juli 1910.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. Juli.

Geschichtskalender.

15. Juli.

- 1606 Der niederländische Maler Rembrandt (M. Harmensz van Ryn) in Leiden *.
- 1881 Der Bildhauer Reinhold Wegas in Berlin *.
- 1889 Chartistenaufruf in Birmingham.
- 1892 Der Dichter Ludwig Fulda in Frankfurt a. M. *.

Verbandstag

der Deutschen Lohnfuhr-Unternehmer.

Im Konzertsaal tagt der 15. Verbandstag der Deutschen Fuhrwerkbesitzer. Der erste Punkt der Verhandlungen betrifft die Aufsichtsbefugnisse und das Droschkenwesen. Referenten sind: Kiecer-Breslau und Hanke-Berlin. Sie klagen, daß die Interessenten bei Einführung von Neuerungen im öffentlichen Fuhrwesen nicht in erforderlicher Weise gehört werden. Die Erlasse des Reichsanwalters wie die Verordnungen des Bundesrats würden zu wenig beachtet. Es sind Petitionen an den Reichstag gerichtet worden, die der Regierung nur als Material, nicht einmal zur Berücksichtigung überwiesen wurden. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Der Verbandstag deutscher Lohnfuhrunternehmer wolle beschließen:

In Erwägung, daß bei Erlaß von Droschken-Verordnungen die Vertreter des Fuhrwerks wohl nicht, ihre Vorschläge aber sonst keine Beachtung erfahren, wird der Vorstand ausdrücklich beauftragt, allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, sei es durch Beschwerde an die in Frage kommenden Behörden oder gesetzgebenden Körperschaften dahin zu wirken, daß bei Erlaß von Droschken-Verordnungen die Interessen der Droschkenbesitzer von Seiten der Aufsichtsbehörde mehr Beachtung und Rücksichtnahme wie bisher erfahren.

Ueber das Straßenbahnwesen referierten ferner Schüler und Häflich-Leipzig. Seit 22 Jahren bemühe man sich eine reichhaltige Regelung herbeizuführen, aber alle Bemühungen seien fruchtlos geblieben, weil die Mehrheit des Reichstags sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß die Regelung landesgesetzlich erfolgen müsse. Häflich-Breslau brachte vor, daß das Fuhrwerk in Breslau durch die Straßenbahn geschädigt werde, die Kammböden würden verminde werden können, wenn allgemein katastralische Bestimmungen vorhanden wären. Die Versammlung beschloß, das Material zu sammeln und auf Grund desselben von Neuem bei der Reichsregierung vorzutragen zu werden.

Ueber Fach- und Fahrlehrer hielt der Fuhrwerksdirektor Boehm-Frankfurt a. M. einen Vortrag. Er schilderte die Unsicherheit in den Straßen; der Verkehr in den Großstädten steigere sich immer mehr und bringe Gefahren für Wagenführer und Publikum. Man habe das Gefühl der Unsicherheit. Zum Teil trane daran die ungenügende Ausbildung des Führers Schuld. Die Gründung von Fach- und Fahrschulen sei ein Gebot der Notwendigkeit, die Gründung müßte aber in die Hände von Interessenten gelegt werden. Staat und Kommune wären verpflichtet, sie zu unterstützen. Durch eine genügende Fachausbildung würden die Gefahren herabgemindert werden. Häflich-Breslau führte an, daß in Breslau der Verkehrsverein eine Fahrtschule gegründet hat, daß sie aber nicht richtig funktioniere, weil es an Schülern fehle. Die Polizei sollte den Führern nur den Fahrschein ausstellen, die die Fahrtschule besucht haben. Die Ausführungen des Redner gannen dahin, daß der Verband hätte die Absicht, sich dem Zentralverband der Arbeitgeber korporativ anzuschließen. Jedoch sollte es nicht. Man glaube, der Arbeitgeberverband werde schon den Wünschen der Fuhrwerkbesitzer nachkommen. Man täusche sich aber. Es wurde den Herren der Reichstags, ohne Beiträge sei die Aufnahme unmöglich. Die Versammlung mußte sonach von dem korporativen Anschluß Abstand nehmen, sie war aber der Meinung, daß irgend ein Beschluß erfolgen müsse, weil die Kutscher zu hohen Forderungen stellten, mit allem unzufrieden seien. Das nimmt sich von Leuten, die sich größtenteils aus Arbeiterkreisen rekrutieren, doch sonderbar aus. Die Herren Droschkenbesitzer haben einen vollen

Scheffel von Weizen, die Kutscher aber sollen nichts fordern. Folgender Beschluß wurde gefaßt:

Es wird beschlossen, daß mit Rücksicht auf die vom Zentralverband der Arbeitgeber in Berlin gestellten Bedingungen der Anschluß des Verbandes deutscher Lohnfuhrunternehmer nicht erfolgen soll, daß jedoch die Verbändevereine verpflichtet werden, auf die Mitglieder einzuwirken, einem für ihre Orte und Bezirke bestehenden Arbeitgeberverband für das Fuhr- und Transportgewerbe beizutreten und dahinzuwirken, daß dieser Verband sich dem Zentralverband für das Transportgewerbe in Berlin anschließt. Sind Arbeitgeberverbände für den betr. Ort oder Bezirk nicht geschaffen, so ist es Aufgabe der Verbändevereine, die Gründung von solchen in die Wege zu leiten bzw. zu unterstützen.

Ueber das Asphaltpflaster wurde ein ganzes Labyrinth von Klagen vorgebracht von den Vereitern für Berlin und Breslau, die Städteverwaltungen lobten es, nur sollte es besser gepflegt werden. Zum Schluß referierte Kiecer über die Veranschlagung der Tierhalter durch die zollfreie Einkubelcheine für Futtermittel und Getreide. Die Zollherabsetzung für Getreide, die wir den Agrariern zu verdanken haben, belaste den Militäretat mit 60 Millionen Mark, die von den Steuerzahlern aufgebracht werden müssen. Das aber noch nicht genug, sind seit dem Jahre 1894 zollfreie Einkubelcheine, die weiter nichts sind als eine Ausfuhrprämie für Junfer, eingeführt, wodurch der ausgeführte Hafer ins Ausland, im Ausland zu erheblich geringeren Preisen verkauft wird als im Inland. Alles das haben wir den Agrariern zu verdanken. Die Droschkenbesitzer mögen sich das merken.

Donnerstag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Kartoffelpreise.

Zu den wenigen Lebensmitteln, die gegenwärtig billiger sind als im Vorjahre, und bei denen sich vor allem die Ertragssteigerung der Großhandelspreise auch im Kleinhandel durchgesetzt hat, gehören die Kartoffeln. In einzelnen Gegenden ist der Rückgang der Großhandelspreise für Kartoffeln außerordentlich kräftig. So stellt sich in Magdeburg der Preis für säckliche Speisekartoffeln in diesem Jahre nur auf 27 Mk. pro Doppelzentner, während ein Doppelzentner im vorigen Jahre noch 40 Mk. gekostet hatte. Der Preisrückgang beträgt ein Drittel des vorjährigen Preises. Dasselbe gilt auch für holländische Speisekartoffeln in Stettin, die dieses Jahr 30,00 Mk. kosten gegen 45,00 Mk. im Vorjahre. Weiße Speisekartoffeln stellen sich in Stettin auf 30,00 Mk. gegen 45,00 Mk., schließliche Speisekartoffeln in Breslau auf 32,00 Mk. gegen 38,00 Mk. — sie sind, wie immer in Breslau relativ wenig im Preise gesunken — und frührote Speisekartoffeln in Berlin auf 35,00 Mk. gegen 50 Mk. Ganz so niedrig wie im Jahre 1906 stehen die Großhandelspreise für Kartoffeln im laufenden Jahre zwar noch nicht, doch war das Preisniveau damals auch auffallend niedrig. Die Preisermäßigung im Großhandel hat sich nun ohne wesentliche Verkleinerung auch auf den Kleinhandel übertragen und 1 Kar. kostet in diesem Jahre im Durchschnitt von fünfzig Städten 7 Pf., während es im vorigen Jahre 9 Pf. gekostet hatte. Das ist so ziemlich der gleiche Abschlag, den der Großhandelspreis erfuhr. Er stellte sich bei denselben fünfzig Städten auf 55 Mark pro 1000 Kilo, während er im vorigen Jahre 71 Mark betragen hatte. Es haben aber doch nicht alle Städte gleichmäßig an der Ermäßigung der Kleinhandelspreise für Kartoffeln teilgenommen, sondern in einzelnen Anzahl von Städten ist der Preis noch ebenso hoch wie im Vorjahre, ja in einzelnen sind die Kartoffeln im Kleinhandel noch teurer als vorangegangenes Jahr. So kostet z. B. 1 Kilogramm Kartoffeln in Memel 7 Pf. gegen 5 Pf. im Vorjahre. In Breslau 7 gegen 6 Pf., in Götting ebenfalls 7 gegen 6 Pf., in Altona sogar 12 gegen 10 Pf. Dagegen ist in zahlreichen Städten die Kleinhandelspreise für Kartoffeln sehr kräftig gesunken, und zwar in Alsenheim von 10 auf 6, in Rönigshütte von 9 auf 5, in Flensberg von 13 auf 8, in Laderburg von 12 auf 7, in Dortmund von 11 auf 7, in Düsseldorf von 13 auf 9 Pf.

Junger neuer Dividendenlegen!

Der Goldstrom aus der Ausbeutung der schlecht bezahlten Zuckerfabrikanten rinnt unaufhörlich weiter. Dies erweist man auch wieder aus dem neuesten Geschäftsbericht der Zuckerfabrik Fröbeln, Aktien-Gesellschaft in Fröbeln bei Löwen.

Nach diesem Berichte ist das abgelaufene Geschäftsjahr ein recht gutes gewesen, denn die haullierende Bewegung am Auslandmarkt hat die Preise auf ein hohes Niveau gebracht. Der Bericht beschränkt sich eingehend mit der Lage des Auslandmarktes und kommt dabei zu dem Schluß, daß der Beginn der neuen Kampagne nur keine Weltbestände verbleiben werden, sobald es größerer Ernten bedürfen wird, um den Bedarf im nächsten Jahre zu decken. Diese günstige Konjunktur veranlaßt die Gesellschaft auszunutzen, sie hat sich ein größeres Aktienbauwerk angekauft, auch hat sie zu lohnenden Preisen bereits große Quantitäten Raffinade verkauft, gegen die zum Teil mit geringen bringender Spannumm Rohwachs eingekauft worden ist.

Das Anlage- und Betriebskapital der Landwirtsch. Akt. ist wie bisher mit rund 1,400,000 Mark angenommen und es sind daher wieder 56,000 Mark Zinsen der Landwirtschaft im Gewinn- und Verlustkonto vereinnahmt. Die Verwaltung hält es für angezeigt, das günstige Ergebnis des Berichtsjahres zu benutzen, um auf dem Konto der Mittelglieder Fröbeln, Pauls und Strohschlag diesmal eine größere Abschreibung in Höhe von 83700 Mark vorzunehmen, wodurch deren Buchwert auf 1,300,000 Mark herabgemindert wird. Diese Agrarier haben keine Ursache über die Not der Landwirtschaft zu klagen. Auf die Verbesserungen konnten in diesem Jahre keine hohen Abschreibungen vorgenommen werden, denn viele Konten sind schon im vorigen Jahre auf 1 Mark herabgesetzt worden. Wie lange wird es denn noch dauern bis jedes der Mittelglieder, nur mit einer Mark Verlust im Buche steht? Die cleude Bezahlung der Lohnfuhrwerke berechtigt die Aktionäre zu diesen Hoffnungen, denn die Arbeiter der Zuckerfabrik erhalten einen Tagelohn von 2 Mark und die weiblichen Arbeitskräfte verdienen 1 bis 1,5 Mark pro Tag. Weist haben sie die Wohnung in der Fabrik.

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft bildet der Kleinaktionäre von 229,913 Mark Abschreibungen 626,031 Mark, gegenüber 177,709 Mark im Vorjahre. Dasselbe soll wie folgt verwendet werden: Zum gesetzlichen Reservefonds 80,000 Mark (im Vorjahre 21,361) 16 Prozent Dividende als 180,000 Mk. (im Vorjahre 12 1/2 Prozent) gleich 375,000 Mark), Rückstellungen für Talonsteuer 6000 Mark (im Vorjahre 000), Rückstellungen auf Duldere-Konto 20 000 Mark, Reserven und Vorbehalten für den Reservefonds 10,000 Mark. Im Vergleich vorwärtigen noch für diesen Zweck 15,000 Mark. Demnach ist also die Verschuldung der Aktionäre größer geworden, auch hier scheint der Appetit beim Essen zu launieren. Aber wie früher ist gegen die schwere Arbeit der Aufsichtsrats-Mitglieder entschuldigt worden, sie betrug im letzten Jahre 22,974 Mark gegen 16,297 Mark im Vorjahre. Der Aufsichtsrat im Vorjahre an Vergütung erhalten hatte. Der Vortrag auf neue Rechnung beträgt 7054 Mark. Dies ist ein Betrag für den man keine unangenehme Verrechnung hatte. Würde man ihn unter die Arbeiter des Betriebes verteilen, so könnte man viel Not und Elend lindern.

Für 2 Jahre, Gehälter und Remunerationen sind im Berichtsjahre 288,162 Mark veranschlagt worden. Interessant wäre es gewesen, wenn die Lohnsumme arbeiter aufgeführt worden wäre, doch darüber hielten sich diese Gesellschaften. Die Gehälter und Remunerationen der Beamten müssen die schlechte Entlohnung der Arbeitstenden verschleiern.

Wie gut diese Aktien-Gesellschaft funktioniert ist, erweist man aus dem folgenden Vorschlag, der der General-Versammlung unterbreitet werden soll. Es wird vorgeschlagen, den bisherigen Reservefonds in Höhe von 120,000 Mark auf den gesetzlichen Reservefonds zu übernehmen und diesen durch Zuwendung von 80,000 Mark auf die gesetzliche Höhe von 300,000 Mark gleich 10 Prozent des Aktienkapitals zu bringen, sobald für die Folge eine weitere Dotierung des gesetzlichen Reservefonds erübrigt. Es ist erreicht! In Zukunft können die Dividenden noch leichter ausfallen.

Es gehört mehr als eine Lammgeduld dazu, wenn diese ausamerikanischen Zuckerproleten sehen, wie die Tröbner mit dem Profite der „süßen“ Arbeit loskochen. Auch bei ihnen muß endlich einmal das Klassenbewußtsein erwachen, auch sie müssen sich ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen anschließen.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Leuchtende Geschosse. Eine Reihe interessanter artilleristischer Versuche sind im Fort Albert bei Dartmouth auf der Insel Whight in den vergangenen Tagen vorgenommen worden; ihr Zweck war die Prüfung einer neuen Erfindung, die es ermöglicht, auch im Dunkel der Nacht den Flug von Geschossen zu verfolgen. Die Neuerung besteht in einem Metallzylinder, der an die Basis des Geschosses angeschraubt wird. In dem Zylinder befindet sich eine besondere Substanz, die in dem Augenblick, in dem das Geschoss den Lauf des Geschützes verläßt, aufleuchtet und ein sehr helles, klar sichtbares Licht gibt. Damit wird es dem Kanonier möglich, zu beobachten, ob die Granate oder das Schrapnell ihr Ziel erreicht, beziehungsweise, welche Korrekturen nötig sind. Es wurden etwa 50 Schüsse abgefeuert, bei denen das Geschoss deutlich verfolgt werden konnte. Die militärischen Sachverständigen gewannen wichtige Erkenntnisse; es zeigte sich besonders, daß Geschosse, die das Wasser steifen, eine überraschend starke Richtungsänderung erfahren; zweimal konnte man beobachten, wie solche Geschosse nach der Verührung mit dem Wasser fast senkrecht in die Höhe gingen.

Das größte Fernsprechnetz der Welt. Den Ruhm, das größte und bestingerichtete Fernsprechnetz der Welt zu besitzen, können ausnahmsweise nicht die ja besonders in technischen Einrichtungen großartigen Amerikaner, sondern die Bewohner der schönen Elbschloß-Samburg für sich in Anspruch nehmen. Dasselbe wurde nach dreijähriger angestrengter Arbeit am 1. April 1908 vollendet, und hat dadurch jetzt ein aktuelles Interesse gewonnen, daß am letzten Sonntag die bisher neben diesem Hauptgebäude in Samburg bestehenden fünf Fernsprechnetz-Vermittlungs-Anstalten, sowie die Fernsprechkablen in Altona und Wandlitz aufgehoben und sämtlich dem Hauptgebäude angegliedert wurden. Nicht weniger als 35,000 Anschlüsse, ohne die vielen Nebenstellen, faßt die neue Zentrale, die voll ausgebaut, nicht weniger als 80,000 Anschlüsse aufnehmen kann. Interessant an dem Gebäude ist das gänzliche Fehlen der für ein Fernsprechnetz typischen Telephondrähte, die hier alle durch einen unterirdischen Betonschacht dem Amt angeführt werden.

Aus aller Welt.

Erdbeben in Tirol und Süddeutschland. Am Mittwoch, 10. Juli, wurde in Garmisch ein wellenförmiger, drei Sekunden dauernder Erdstoß verspürt. Durch das Klirren der Fensterscheiben und Ergittern der Möbel wurden vielfach die Leute in großen Schrecken versetzt und liefen ins Freie. Der Meteorologe auf der Zugspitze hat den Erdstoß ebenfalls beobachtet. Sein Haus ergitterte bei einem heftigen Sturme. Auch in Oberammergau wurde der Erdstoß verspürt.

In Innsbruck dauerte der heftige Erdstoß mehrere Sekunden an und war von solcher Stärke, daß in den Wohnungen selbst schwere Möbelstücke wankten.

Ebenso wurde das Erdbeben in einzelnen Teilen Münchens verspürt. In einigen Schulen ist ein plötzliches Schwanken der Schulstühle und Wandlatten beobachtet worden. Besonders stark machte sich das Erdbeben in der Gegend des Gärtner-Theaters bemerkbar. Im Schulhaus in der Kleingasse hörte man, besonders in den oberen Stockwerken, ein starkes Donnern und Poltern. Die Mädchen liefen laut schreiend aus den Lehrzimmern. Die Kelleräume der Schule zeigten Risse. Auch der große Markthausbau war einer starken Erschütterung ausgesetzt. Im großen städtischen Bibliotheksaal schwanken die hölzernen mit tausenden von Büchern belegten Wandregale in bedenklicher Weise. Im Verkehrsministerium, Telegraphen- und Telephonamt wurden ebenfalls starke Erschütterungen verspürt. Anfänglich herrschte der Glaube vor, daß eine Explosion stattgefunden hätte. Die Leute liefen vielfach zusammen, um die Ursache der Erschütterung zu erfahren. Seitdem die Erdbebenstation in München besteht, ist ein derartiges Erdbeben nicht wahrgenommen worden. An anderen Orten Ober- und Niederbayerns, sowie in der Oberpfalz, in Landshut, Rosenheim und Regensburg wurden vormittags Erdbeben verspürt. Das Erdbeben wurde hauptsächlich in Norbital wahrgenommen, während Südbital verschont blieb. Der erste Erdstoß war kurz, ein schwacher wurde um 9 Uhr 20 Minuten verspürt. Die zweite Erschütterung dauerte 5 Minuten und war von dumpfem Rollen begleitet. Sie erfolgte 14 Minuten später und war sehr stark fühlbar. Die Leute verließen fluchtartig ihre Häuser, die Wände fielen von den Wänden, Türen sprangen auf. Fensterscheiben gingen mehrfach in Trümmer.

Am stärksten war der Erdstoß im Oberinntal. In Rastereith und Silz stürzten mehrere Zimmerdecken und Schornsteine ein. Mehrere Häuser zeigten klaffende Mauerlöcher. Die Bevölkerung von Silz wurde von panischem Schrecken erfaßt. — Im Dorfe Uttenheim stürzte ein Balkon ein. 20 Personen wurden verletzt, eine getötet.

Der Tod unter Tage. Einer Meldung aus Bochum zufolge ist es auf der Zeche Hasenwinkel den Rettungsmannschaften gelungen, einen der beiden verschütteten Knappen, den Häuer Friedrich Neuhaus, aus den Gesteinsmassen hervorzuziehen. Neuhaus war schon tot. Auch der zweite Verschüttete ist zweifellos nicht mehr am Leben.

Fast 4 Jahre Gefängnis! Das Marinekriegsgericht in Kiel verurteilte zwei Matrosen vom Panzerkreuzer „Blücher“, die sich in Bremerhaven in unangelegentlichem Zustand einer Patronenwiderlehre, wegen störrischen Ungehorsams eines Vorgesetzten zu drei Jahren acht Monaten Gefängnis.

Hier gab es weder mildernde Umstände noch beschränkte Inrechnungsfähigkeit. Hier heißt es einfach: Jahrelanges Gefängnis für junge Menschenleben wegen einer Bagatel!

Drei Vergewaltigungen. Auf den Rechen „Westende“ und „Neumühl“ bei Egen verunglückten zwei Vergewaltigungen durch herab-

stürzende Gesteinsmassen tödlich. Auf Schacht IV der Zeche „Böhme“ wurde ebenfalls ein Bergmann von einem herabfallenden Stein erschlagen. Ein zweiter Bergmann stürzte in einen Aufbruch und starb alsbald.

Mörderischer Überfall bei Florenz. In Florenz bei Florenz wurde ein räuberischer Überfall verübt. Dort besaßen die Arbeiter Boiti aus Volturno eine prächtige Villa. Als die beiden Amerikaner mit ihren Frauen in ihrem Automobil nach Hause zurückkehrten, wurde das Automobil an einer stillen Stelle von zwei verurteilten Gefangenen angehalten, die mit gewalttätigen Mitteln die Herausgabe des Geldes forderten. Dann wurde der Chauffeur mit den Damen nach der nahe Villa gefahren, um noch weiteres Geld zu holen. Der Chauffeur überbrachte noch 600 Lire, worauf die Amerikaner in Freiheit gesetzt wurden. Die Gendarmerie hat mittlerweile eine Verlon verhaftet, die mit dem Raubmordfall in Zusammenhang zu stehen scheint.

Für die Ermittlung der Sprengstoff- und Bombenleger in Lichterode hat der Polizeipräsident eine Belohnung von 1000 Mk. ausgesetzt. Das Befinden des Gutsbesitzers Kraus hat sich bedeutend gebessert. Es besteht keine Gefahr für die Augen, da der Sprengkörper nicht auseinandergefallen und die Verletzungen nur durch Aufpuffen des entzündeten Pulvers verursacht worden sind.

Durchgebrannter Bürgermeister. In Mittenberg in Hessen ist seit einigen Tagen der Bürgermeister Meyner spurlos verschwunden. Wie sich nun herausgestellt hat, hat Meyner bei der von ihm verwalteten Hospitalkasse über 20 000 Mk. unterschlagen. Man befürchtet, daß er auch in der Gemeindefasse bedeutende Unterschlagungen verübt haben dürfte.

Entsetzliche Tat eines Wahninnigen. In Eisenbrod bei Gablitz in Nordböhmen tötete ein Grundbesitzer im Jerninn sein ältestes Kind durch Prügel, steckte sein Kleinkind in einen Topf mit siedendem Wasser, schnitt seiner Frau ein Ohr ab, spaltete seinem Vater mit dem Beil den Kopf und erwürgte seine Mutter. Er wurde mit großer Mühe überwältigt.

Seit 30 Tagen im Schlaf. Im Krankenhaus von Alercon befindet sich eine Frau, die seit 30 Tagen in tiefem lethargischen Schlaf liegt. Sie wird mittels einer in den Schlund eingeführten Sonde ernährt, durch die flüssige Nahrung in den Magen eingeführt wird. Das Sonderbare des vorliegenden Falles ist, daß die Temperatur der Kranken in keiner merkbaren Weise herabgesetzt erscheint, während andere lethargische gewöhnlich fast so kalt wie eine Leiche sind.

Ein Familien-drama in Helmstedt. Eine schwere Missetat verübte in Helmstedt der Grünwarenhandler Seelenberg. Er erschoss seine Frau, zwei seiner Kinder und sie selbst, nachdem er noch drei Kinder so schwer verletzt hatte, daß sie in das Krankenhaus Rarzenberg übergeführt werden mußten. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Die Motive der Tat sind in Mahrnassungen zu suchen. Seelenberg, der früher ein jähzorniger Mann war, aber in Konstanz geriet, hatte schon früher geküßert, er werde bei Geldmangel sich und seine Familie erschließen.

Von den nach dem Helmschloß Krankenhaus geführten drei schwerverletzten Kindern sind gestern vormittags 11 Uhr zwei gestorben; das dritte Kind liegt hoffnungslos darnieder.

Stellenvermittlungsschwindel.

Vom Magdeburger Landgericht wurde ein Stellenvermittlungsschwindler zu vier und einem halben Jahre Zuchthaus verurteilt. Angeklagt war der frühere Landwirt, jetzige Bureaugehilfe Emil Dittlerlein. Im vorigen Jahre gründete er in Verbindung mit anderen Personen in Magdeburg und anderen Orten, ganz wie Leuchter in der Provinz, Stellenvermittlungsbüros. Durch Stellungsinserate suchte er seine Opfer. In etwa hundert Fällen ließ er sich eine Vermittlungsgebühr von je 20 bis 60 Mk. zahlen. In zahlreichen Fällen gelang es ihm nicht, die ausserordentlichen Opfer zu zahlen.

Der Angeklagte trieb auch in Breslau, Köln und Bielefeld sein Unwesen, wo er unter falschem Namen auftrat. Das Gericht erkannte wegen vollendeten und versuchten Rückfallbetrugs sowie wegen schwerer Urkundenfälschung auf die oben erwähnte Strafe, außerdem auf 900 Mk. Geldstrafe oder weitere 60 Tage Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Warnung vor Privatkrankenkassen.

Das Leipziger Schöffengericht hatte sich mit einer Verleumdungsklage zweier Direktoren der mittelständischen Versicherungsanstalt „Friedrich August“ gegen einen früheren Generalagenten der Bank zu befassen, der eine Anzahl Beschuldigungen gegen die Geschäftsführung der Kasse erhoben hatte. Der Beklagte war zwar nicht in der Lage, den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen, und er wurde zu dreihundert Mark Geldstrafe verurteilt. Jedoch förderte die umfangreiche Zeugenvernehmung Tatsachen zutage, die bewiesen, daß die Bank „Friedrich August“ denjenigen Krankenrenten zugunsten ist, vor denen gewarnt werden muß. Es geht zwar alles hübsch geordnet und statutenmäßig zu, aber das Statut hat einige Klauseln, die den Mitgliedern zu Fallfallen werden. Es wurde unter anderem bewiesen, daß Mitglieder lediglich aus dem Grunde das Krankengeld bezogen werden, weil sie nicht rechtzeitig das ärztliche Zeugnis auf dem vorgeschriebenen Formular beigetragen hatten, obwohl sie ein ärztliches Attest eingeliefert hatten. Weiter ist es vorgekommen, daß die Direktoren und ihr Vertrauensmann behaupteten, ein Patient sei geschäftskrank; sie verweigerten deshalb die Zahlung des Krankengeldes. Die Gerichte haben mehrfach die Kasse erst zur Zahlung verurteilt müssen. Einer Frau wurde die Unterstützung verweigert, weil ihre Unterleibskrankheit mit Schwangerschaft zusammenhängen sollte. Anderen Mitgliedern wurden ihre Bezüge gekürzt, weil sie nicht ganz pünktlich ihre Beiträge abgeführt hatten. Ein früherer Agent stellte mit, er habe seine Stellung aufgegeben, weil es nach seiner Ansicht nicht lohnend in der Bank zuzugang. Die Direktoren hätten ihn angewiesen, den zu werdenden Mitgliedern nichts aus den Statuten vorzulesen; den Leuten sollte es überlassen bleiben, die verhänglichen Stellen selbst aufzufinden. Ein Mitglied, dem die Unterstützung wegen des fehlenden ärztlichen Beschlusses verweigert wurde, gedachte auszutreten, ist aber vom Gericht verurteilt worden, noch bis zu einem bestimmten Termin die Beiträge zu entrichten. Zwei Ärzte erklärten, daß die Leute unflug daran tun, sich in derartige Kassen aufzunehmen zu lassen. Sie hätten stets davon abgeraten; die Leute können ihnen leid tun. Der Prozeß hat gezeigt, daß auch die Versicherungsgesellschaft „Friedrich August“ in einer Linie mit jenen Kassen steht, denen gegenüber dringend Vorbehalt geboten ist. — Auch wird von behördlicher Seite in Köln vor dem Eintritt in die eingeschriebenen Kassen wegen der Höhe der Verwaltungskosten gewarnt. Zu diesen Kassen gehören unter anderem: „Alliance“, deutsche Krankenversicherungs-Gesellschaft, „Securitas“, Allgemeine Krankenversicherungsanstalt und „Colonia“, Krankenversicherungs-Gesellschaft.

Beim Heiratsvermittler.

Die Heirat ist bekanntlich in unserer heutigen Wirtschaftsverbindung bloßes Geschäft, die Ehe der bloße Vertrag zwischen Mann und Frau und ihrer intellektuellen Grundlage entzogen. Das trifft ja vornehmlich auf die Besitzenden zu; aber auch die ärmeren Schichten werden mitgerafft vom Zuge der Zeit. Daraufhin hat sich nun eine ganz besondere Spezies herausgebildet: die Heiratsvermittler. Diese sind ein junger Mann im „General-Anzeiger“ ungeschickter solgender: „Junges Mädchen mit etwas Vermögen wünscht Herrenbekanntschaft. Ideal 100, Postamt 2.“ Klug setzt er sich hin, schreibt der jungen Dame einen liebgeliebten Brief und wartet dann mit Sehnsucht auf Antwort. Schon der folgende Tag bringt das Erwünschte. Er öffnet den Brief — hoch, o Gaud: „Die junge Dame hat sich meiner Vermittlung anvertraut und können Sie dieselbe bei mir sprechen.“ Bureau für Heiratsvermittlung von P. (Straße und Nummer.) Mit vollkommenem Herzen, gewischt vom Scheitel bis zur Sohle, steigt er die Treppe empor nach dem Heiratskantor. Er klingelt. — Söhnlich fordert man ihn auf, näher zu kommen. Respektvoll tritt er ein, sich immer noch seinem Ideal wachsend, das er nirgend erwidern kann. „Sie kommen wegen des Mädchens mit Vermögen. Sie sollen sie gleich zu sprechen bekommen. Die Vermittlung ist bei mir für Herren völlig provisionsfrei“ — er atmet erleichtert auf, da wird die Geschichte ja billig —, aber ich erhebe für Porto und sonstige Unkosten drei Mark. Wenn Sie diese bezahlet haben, erhalten Sie die Adresse der betreffenden Dame.“ Der junge Mann überlegt. — Drei Mark — ja, ja, wenn schon, denn schon; er hat ja Vermögen, da kommt es hundertschach wieder ein. Er zahlt und erhält die Adresse seines Ideals. Fremdig geht er von dannen, an zehn bis fünfzehn Herren vorbei, die draußen geduldig warten, bis sie eingelassen werden. Mit ihnen wiederholt sich das selbe Schauspiel; sie bekommen alle die Adresse des selbigen Mädchens, und in Zeit von Null Komma Nichts hat der Idealvermittler dreißig bis vierzig Mark in der Tasche. — Die Damen werden nicht alle.

Der Ehebruch.

Mancherlei Anfragen aus unserer Leserkreise veranlassen uns, über dieses Kapitel wiederzugeben, was Rechtsanwält Dr. Querschlag-Bromberg darüber soeben in „Berl. Tagebl.“ schreibt. Der Verfasser sagt zu:

Das bürgerliche Ehegesetz nennt den Ehebruch als einen Scheidungsgrund, der ohne Rücksicht auf die Lebensumstände zur Trennung der Ehe führt, es sei denn, daß er etwa mit Zustimmung des anderen Ehegatten geschieht. Diese Zustimmung braucht nicht ausdrücklich erklärt zu werden; es genügt ein entsprechendes Verhalten, z. B. die von einem Gatten absichtlich bewirkte Herbeiführung von Umständen, unter denen der andere Gatte dann der Verführung erliegt. — Wie jeder vom Gesetze gebotene Scheidungsgrund läßt der Ehebruch die „Verzeihung“ mit der Wirkung zu, daß dadurch das Recht auf Scheidung erlischt. Auch die Verzeihung setzt keine ausdrückliche Erklärung voraus, sondern nur ein Verhalten des anderen Teils, durch welches er zum Ausbruch bringt und zwingen will, daß er trotz Kenntnis der Verführung die eheliche Gemeinschaft nicht oder nicht mehr als zerstückt ansieht. Am Karsten wird diesen Willen regelmäßig ein weiteres Zusammenleben der Gatten dokumentieren, es sei denn, daß es offensichtlich nur aus äußeren Gründen, etwa mit Rücksicht auf vorhandene Kinder, erfolgt. So hat das Reichsgericht jüngst in der gemeinschaftlichen Entscheidung des Reichsgerichtes am jüdischen Neujahrsfeste nach Lage der Sache eine Verzeihung nicht erklärt, obwohl der religiöse Inhalt des Gebots an sich die innerliche Verzeihung der Eheleute voraussetzt. — Damit möglichst bald Klarheit geschaffen wird, muß nach gesetzlicher Bestimmung die Scheidungsklage binnen sechs Monaten von dem Zeitpunkte an erhoben werden, in welchem der geküßelte Gatte von der Verführung des anderen Kenntnis erlangt. Nach Ablauf von zehn Jahren seit Begehung des Ehebruchs kann er zur alleinigen Grundlage einer Scheidungsklage überhaupt nicht mehr gemacht werden; nur zur Unterstützung einer auf andere Verfassungen gegründeten Klage kann er dann noch wirksam herangezogen werden. — Um den Eheleuten die Möglichkeit zu nehmen, eine ihnen lästig gewordene Verbindung in beiderseitigem Einverständnis durch vorläufige Aufhebung zur Lösung zu bringen, erklärt die Zivilprozessordnung ein Geständnis des auf Scheidung verlassenen Gatten für

nicht ausreichend; vielmehr muß in jedem Falle nachgewiesen werden, daß ein Ehebruch wirklich begangen wurde, und zwar nicht etwa unter Umständen, die nach dem oben Gesagten das Recht auf Scheidung ausschließen (Zustimmung, Verzeihung). Folgerichtig ist im bürgerlichen Ehegesetz weiter bestimmt, daß eine Ehe zwischen dem wegen Ehebruchs geschiedenen Gatten und dem im Scheidungsurteil festgestellten Ehebrücker unstatthaft ist. Von der dem Justizminister eingeräumten Befugnis, Befreiung von dieser Vorschrift zu gewähren, wird nur ausnahmsweise Gebrauch gemacht!

Eine eigenartige Rechtsfrage des Ehebruchs suchte ein bittender Ehemann zu bestritten, der nach geschiedener Scheidung von dem Ehebrücker Ersatz der Vermögensnachteile forderte. Die ihm dadurch ermittelten, daß das bis dahin gemeinlich, Hauswesen nun die Güter der Frau — vor allem bei der Erziehung der Kinder — entbehre. Im Gegenfall zu dem Kammergerichte wies das Reichsgericht die Klage ab, da es — trotz offensichtlicher Unbilligkeit — im Gesetze eine Entlastung für den Anspruchs nicht zu finden vermochte.

Interessant ist eine neuere höchstgerichtliche Entscheidung, welche im Ehebruch einen „groben Unbitt“ findet, der den betroffenen Gatten berechtigt, Geschenke zurückzufordern, die er dem anderen gemacht hat.

Die strafrechtlichen Folgen des Ehebruchs sind dahin normiert, daß sowohl der schuldige Ehegatte, als dessen Mitschuldiger mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden, wenn die Ehe wegen des Ehebruchs geschieden ist und der hintergangene Gatte die Verurteilung beantragt. Der Mitschuldige bleibt straflos, wenn er von dem Verführer der Ehe keine Kenntnis hatte. Ist er aber selbst verheiratet, so löst er auch für sich und seine Ehe alle Folgen des Ehebruchs aus.

Ein hieraus erganges — in der Rechtsprechung bekanntes — Urteil bestrafte den Ehebrücker wegen Verleitung eines hintergangenen Ehemannes, da er durch den Verkehr mit dessen Frau zu erkennen gegeben habe, daß er keinen als in der menschlichen Gesellschaft und in seiner Verheiratung zu bestehend erachte, daß er „des Alleinbesitzes seiner Frau nicht wert sei“. Das Urteil unterliegt insbesondere dem Bedenken, daß die strafrechtlichen Folgen des Ehebruchs durch die dargelegte „geheulichen“ Bestimmungen offenbar erschöpfend geregelt sind, so daß eine Bestrafung aus anderen rechtlichen Gesichtspunkten nicht statthaft sein dürfte.

Auch wo übrigens das bürgerliche Verhalten eines Gatten nicht bis zum Ehebruch geführt hat, sondern sich auf weniger weitgehende Beziehungen zu einem Dritten beschränkt, kann es schwere Rechtsfolgen zeitigen. Denn § 1568 des bürgerlichen Gesetzbuches statuiert ein Recht auf Scheidung für jeden Fall, in welchem ein Gatte „durch schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten oder durch eheliche oder uneheliche Verhältnisse eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses herbeiführt, daß dem anderen Ehegatten die Fortführung der Ehe nicht zugemutet werden kann.“ In Fällen dieser Art hängt die richterliche Entscheidung von der jeweiligen Sachlage ab.

Was alles politisch ist. Der Metallarbeiterverband berief im Dezember v. J. eine Versammlung der in den Breslauer Waggonfabriken beschäftigten Arbeiter ein. Die preussische Regierung forderte damals vom Landtage die Bewilligung von 150 Millionen Mark für Beschaffung von Eisenbahnwagen und in Anbetracht des herrschenden Arbeitsmangels beschloß die Versammlung, eine Petition um Bewilligung dieser Mittel an den Landtag zu richten. Die Versammlung war politisch nicht angemeldet worden. Vom Schöffengericht wurde Genosse Philipp von der Anklage einer Uebertretung des Vereinsgesetzes freigesprochen, da es sich um eine Versammlung gehandelt habe, deren Zwecke die Erreichung günstigerer Arbeitsverhältnisse gewesen sei. Der Ankläger legte indes Berufung ein und die Strafkammer verhängte daraufhin über Philipp eine Geldstrafe. Es wurde angenommen, daß es sich um eine politische Versammlung gehandelt habe, die anmeldspflichtig gewesen sei. Als Arbeitgeber wäre der Staat erst nach Bewilligung der geforderten Summe anzusehen gewesen; damals habe es sich dagegen um eine Einwirkung auf die Gesetzgebung gehandelt.

Das Breslauer Oberlandesgericht hat jetzt — natürlich! — die eingelegte Revision verworfen. Die Teilnehmer der Versammlung seien nicht staatlische, sondern Arbeiter von Privatgesellschaften gewesen und könnten nur als solche in Betracht kommen, wenn auch der Staat als Auftraggeber fungiere. Deshalb sei ausreichend festgestellt, daß es sich um eine öffentliche politische Versammlung handelte, die anmeldspflichtig gewesen sei.

Preußen in Deutschland voran... Der preussische Kultusminister ordnet durch einen Erlaß an, daß in allen Volksschulen eine dritte Turnunterrichtsstunde einzuführen ist. Damit nun aber keine Vermehrung der Unterrichtsstunden im allgemeinen eintrete, soll nicht etwa der Religionsunterricht, nein, (man sollte es nicht für möglich halten!) der — Deutschunterricht um eine Stunde verkürzt werden!

Diese neue Tat sieht einem preussischen Kultusminister so recht ähnlich.

Der hinauskomplimentierte Amtsgerichts-Rat. Ein überaus unbilliges Verhalten, kein schärferer Ausdruck dafür zu gebrauchen, liegt so wird uns aus dem Gerichtsgebäude geschrieben, am letzten Mittwoch Vormittag der im Schöffengerichtssaal Nummer 162 befinnliche Gerichtsdiener König an den Tag. Ein 84 Jahre alter gekleideter Herr trat ohne im Besitze der in Breslau nun einmal erforderlichen Eintrittskarte zu sein, den Hörsaalraum des Gerichtssaales, um einer Verhandlung zu welcher seine Frau als Begleitende erschienen war, beizuwohnen. König forderte die Eintrittskarte, und als diese ihm nicht vorgezeigt wurde, hatte er — ohne sich auf die Einwendungen des alten und auch schwerhörigen Herrn lange einzulassen — nichts Illigeres zu tun, als diesen beim Armel zu fassen und in einer unglücklich tollsten Weise zur Tür hinauszuheben, wobei der Herr, wie er selbst sagte, „heinaus zusammengebrochen“ wäre. Der auf so unanständige Art auf den Korridor geleitete Herr entpuppte sich — zum nicht geringen Schrecken des Gerichtsdieneres — als der Amtsgerichts-Rat a. D. Rat Milde von hier, wohnhaft Paradiesstraße 6, L. Der Vorfall rief im höchstbesetzten Hörsaalraum begriffliche Erregung hervor, die sich in einer großen Unruhe des Publikums kundgab. Der Gerichtsdiener König befahl obenbrein die Räumlichkeiten, an dem verhandlungsführenden Amtsrichter die Worte zu richten: „Der Amtsgerichts-Rat, der Herr glaubt meine Anordnungen nicht befolgen zu müssen, ich bitte, mich in Schutz zu nehmen.“ Herr Milde begab sich sofort zum Ausschicht Richter, um bei diesem seine Beschwerde gegen den Gerichtsdiener unter der Angabe von Namen zu protokollieren zu geben. Es erübrigt sich wohl zu erwähnen, daß der ausschließliche Richter die Beschwerde seines Kollegen a. D. mit dem denkbar größten Untergewissen aufnahm und zu erledigen verweigerte.

Wir möchten noch bemerken, daß der Zutritt zu den öffentlichen Gerichtsverhandlungen in zahlreichen anderen Städten Deutschlands, so auch in Berlin, ohne die vorhergehende Eintrittskarte statthaft ist. In dieser Annahme wird sich wohl wahrscheinlich auch Herr Amtsgerichts-Rat Milde (der seine richterliche Tätigkeit früher in Ober-Schlesien ausübte) befinden haben. Der Diener handelt da schließlich auch nur als Gehörpender. Wir haben eben in Breslau die in der Verfassung gewährleistete Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen

nach nicht! Breslau muß eben in jeder Hinsicht seine „Büchlein geliebtheit“ besonders hervorheben.

Von den vielen Mängeln und Ausschweifungen des Kanzeleis sowohl im Schriftverkehr der Behörden unter sich, wie auch bei Belegung von Anträgen und Gesuchen des Publikums handelt ein längerer Aufsatz der letzten Nummer der Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen. Wir entnehmen derselben folgende markante Stellen: Der Kanzeleis „bestätigt den Empfang des Schreibens vom sonntags und erachtet es als ein Zeichen der Unzulänglichkeit der Angelegenheit betreffend den usw. etwa festgestellte Unzulänglichkeiten zur Vorlage zu bringen“. Statt dessen sollte er schreiben: „Zum Schreiben vom Xten usw. Wir eruchen, etwa festgestellte Unzulänglichkeiten des X. V. vorzuliegen.“ Die Neigung, einfache Zeitwörter durch Substantivverbindungen zu ersetzen, ist weit verbreitet. Da gelangt eine Sendung zur Beförderung, ein Termin wird in Vorschlag gebracht, eine Forderung ist erfolgt, statt: Eine Sendung ist befördert usw. — In Schriftstücken, welche Personalangelegenheiten behandeln, heißt es: Der Genannte oder der p. Müller. Das dies „zur Klarstellung der Sache oder Person auch nur das geringste beiträgt, wird niemand behaupten können, und wenn würde es einfallen, zu Hause zu erzählen: Ich traf meinen Freund Schulze. Der Genannte kam mit Gültigkeit an Euch auf? — Im Kanzeleis spricht man von „anbei erfolgenden Anlagen“, von „fort bezuhenden Akten“ und ähnlichen schwalligen Ausdrücken. — Der Verfasser des sehr interessanten Aufsatzes vertritt sich nur eine Abfindung dieser Mängel, wenn die Dezenten es sich nicht verbieten lassen, immer und immer wieder durch persöhnliche Belegungen ihre Unterdomänen zu der allmählichen Aufgabe aller ungeschönten, Schreibumlichkeiten“ zu veranlassen.

Das „auschweifende“ Kleid. Eine Kollektionsfrage hatte die Rinkische Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts in ihrer letzten Sitzung zu lösen. Die Verkäuferin Fräulein M. erhob gegen das Wouteriswarengeschäft von Baum Sohn Klage auf Rückzahlung für zwei Monate. Der Beklagte, der zu ihrer sofortigen Entlassung führte, war nach ihrer Entlassung der folgende: Der Prinzipal erklärte ein eines Tages unter vier Augen, sie werde sich zu „auschweifend“, und darum könne er sie nicht weiter behalten. Sie erwiderte dem Chef darauf, sie sei sich zwar bewußt, stets sauber und ordentlich zu sein, aber nichts Extravaganzes an ihrer Bekleidung zu haben; der Beklagte sprach aber dennoch wegen Verdachtes der Unredlichkeit die Entlassung aus, denn ihr Toilettenaufwand sei mit ihrem Gehalt von nur 90 Mark nicht in Einklang zu bringen.

Im Termin zeigte sich die Verkäuferin dem Richter als in der vom Chef als „auschweifend“ bezeichneten Toilette. Es war ein gut sitzendes, aber einfaches, dunkelblaues „Jugendkleid“, das in Verbindung mit dem blumengeschmückten Strohhut keineswegs auffallend wirkte.

Als Bekleidungsgegenstand markierte eine ganze Anzahl fräulein „Stollegen“ der Klägerin auf. Sie hatten im Geschäft die Garderobe des Fräuleins M. einer genauen Prüfung unterzogen und herausgefunden, daß das Stoffkleid „Jugendkleid“ in und unzulässig von ihr selbst, wie sie angab, hergestellt sein kann. Den Gutachten eine Kollegin auf „Jugendkleid 30 Mark“, während Fräulein M. ihn im Geschäft mit 10 Mark angeboten haben sollte.

Die Weisungsaufnahme ergab, daß die Klägerin ein Opfer ihrer Gutwilligkeit den Mitarbeiter gegenüber geworden war. Nur aus reiner Gefälligkeit habe sie den Gutwilligen auf deren Bitte von ihrer in einem Geschäftlichen Charakter bezeugen lassen wollen, und ein Fachwisseniger nicht den Preis für durchaus angemessen. Die Klägerin hat einen Wert von circa 4 Mark. Das zum Hofe gehörende Kleid ist von der Mutter der Klägerin hergestellt worden. Die Beklagte Firma wurde demgemäß zur Zahlung des Restbetrags verurteilt.

Zur Verhütung der Reisenden. Es sind Klagen darüber laut geworden, daß das Zugbegleitpersonal es an der Unterbringung der Reisenden zweilen fehlen läßt, wenn der Zug auf freier Strecke zu halten gezwungen ist. Minister v. Breitenbach hat daher angeordnet, daß in solchen Fällen zur Verhütung der Reisenden die Ursache des Aufenthaltes, soweit sie dem Personal bekannt ist, in angemessener Weise mitzuteilen ist. Sollte das Personal über den Grund des Haltens auf freier Strecke selbst nicht unterrichtet sein oder der Zug, wie dies meist der Fall ist, vor dem Hauptsignal zum Halten gekommen sein, so darf das Personal auch darüber geeignete Mitteilung machen. Bei dieser Gelegenheit erinnert der Minister an die Bestimmungen der Unfallminderungsmaßnahmen, nach welcher die Stationen Nachrichten über Betriebsstörungen mitzuteilen öffentlich bekannt zu machen und auch die im Personenzugdienst und auf den Stationen beschäftigten Beamten davon zu benachrichtigen haben. Ueber derartige Vorkehrungen sollen alle Beamten den Reisenden bereitwillig Auskunft erteilen.

Das Recht zu zischen. In der Gura-Oper in Berlin kam es gelegentlich der Koloßpremiere zu einem kleinen Skandal, dessen Erörterung die liberalisierende Tendenz zutage förderte, daß die Direktion berechtigt glaubt, durch die Logenschlichter eine Kontrolle über das Publikum auszuüben. Als nach dem zweiten Akt ein großer Teil der Anwesenden laut applaudierte, erhob sich ein Parteibühnenführer und rief: „Hoch die Okaue!“ Er hatte damit einen großen Erfolg. Die Sache konnte damit erledigt sein und niemand hätte Schaden davon gehabt. Denn wider Bedeutung und Lebensfähigkeit des Werkes noch die künstlerische Laufbahn Siegfried Wagners können dadurch beeinträchtigt werden, daß jemand der Meinung ist und Ausdruck gibt, der Befall wäre, wie es übrigens in Wirklichkeit der Fall war, etwas zu stark gewesen, um es zu er scheinen. Der Logenschlichter jedoch bildete einer anderen Ansicht; er griff ein, beschränkte sich aber nicht darauf, den Opponenten zur Rede zu stellen, sondern entfernte den „Delinquenten“ mit der Bemerkung: „Hier darf nicht geklappt werden“ in recht brutaler Weise aus dem Saale. Ob er deshalb nicht nachträglich selbst zum Delinquenten werden wird — er ließ sich dazu hineinziehen, zu schlagen —, ist eine Sache, die nur ihm und den unlosig Entfernten angeht. Die Theaterbesucher im allgemeinen aber haben, so meint mit Recht die „Breslauer Morgen-Zeitung“ dazu, ein lebhaftes Interesse daran, zu erfahren, wie weit die Direktion ihre Machtbefugnisse glaubt ausdehnen zu dürfen. Ein Logenschlichter erklärte nämlich, er und seine Kollegen hätten den Auftrag, jeden, der zischt, „schlaffen“ zu lassen. Wenn hier nicht ein arges Mißverständnis vorliegt, so wäre es unerhörte. Man kann darüber freieren, ob das Zischen geschmackvoll ist, aber ein ungerächtfertig starker Beifall ist ebenso wenig geschmackvoll. Auf jeden Fall muß es dem Publikum unbenommen bleiben, eventuell auch seiner Unzufriedenheit in maßvoller Weise Ausdruck zu geben. Die Direktion eines Theaters ist keine Behörde für das Publikum. Die Direktoren sehen es sehr gern, wenn die beifällige Aufnahme eines Werkes in der Presse betont wird. Diese Notizen werden weggelassen, wenn man aufhören möchte, an die Freiheit der Meinungsäußerung im Theater zu glauben.

Zwei, die zu einander passen. Folgende Verlobungsanzeige finden wir in der heutigen „Morgenzeitung“:

Martha Ehrlich
Ernst Anfrichtig

Riffingen
Verlobte
im Juli 1910.
Breslau

Wenn die beiden Glücklichsten wesentlich und andauernd ihren schönen Namen entsprechen, kann eine wahre Musterehe daraus werden, wie sie unsere Zeit gut gebrauchen kann.

Zum Unfall des Eisenbahners Kubanski wird uns von Eisenbahnern mitgeteilt, daß die Schuld an dem Unfall dem Unterbeamten zugemessen sei, der die Wagen „abgewiesen“ habe, ohne sich vorher zu überzeugen, ob die Strecke frei war. Er habe in einem Waggon gestanden und sei dabei gewesen, den Boden herauszureißen, als der andere Wagen heranrollte, so daß er in die Bremsen des Wagens gefallen und ein ganzes Stück weit mitgeschleift worden ist.

Zur Besichtigung des Parabel-Ballons durch die organisierte Arbeiterchaft.

Die größte Menschenmasse, die den Flugplatz Wilhelmstr. bisher aufsuchte, wird bei schönem Wetter am nächsten Sonntag, den 17. Juli, Nachmittags um 5 Uhr, dort versammelt sein, wenn nämlich die Besichtigung des Ballons durch die organisierten Arbeiter stattfinden. Diese Ansammlung erfordert allerdings Vorkehrungsmaßnahmen, wenn auch der Flugplatz so groß ist, daß er viele Tausende faßt. Erste Pflicht aller Besucher ist es, das Rauchen auf dem ganzen Platze zu unterlassen, damit durch keinerlei Versehen ein Unfall herbeigeführt werden kann. Zweitens wird es sich empfehlen, in der Halle während des Vortrages ohne Gedränge, aber regelmäßig Aufstellung zu nehmen, damit recht viele den Vortrag hören und dieser nicht allzu oft wiederholt zu werden braucht. In der „Volkswacht“ erscheint ebenfalls noch eine ausführliche Erklärung über Parabelballons. Zum dritten muß beim Aufstieg und besonders beim Landen jedes Andrängen an die Gondel und den Ballon vermieden werden. Diese eigentlich selbstverständlichen Maßnahmen sind zum Beispiel bei der letzten Fahrt des Ballons in die schließlichen Wäder nicht immer streng eingehalten worden, an einer Stelle war ein Dränger sogar so leichtfertig, mit der brennenden Zigarre bis dicht an das Luftschiff heranzutreten und mußte sehr energisch verwiesen werden. Um solche Zwischenfälle von vornherein auszuschließen, sind vom Bildungs-Ausschuß eine größere Anzahl Ordner mit weißen Armbinden bestellt, deren Weisungen die Genossen pünktlich und bereitwillig nachkommen werden. Auf diese Weise wird am besten erreicht, daß jeder etwas hört und sieht.

Um 5 Uhr beginnt Herr Hauptmann Dinglinger seinen Vortrag in der Halle. Der Ballon wird, nachdem die letzten Prüfungen die Halle verlassen haben, herausgeführt und ... Wetter nur irgend gelattet, finden ein oder mehrere Aufstiege und Manöverieren des Luftschiffes über dem Platze statt. Billig sind Freitag und Sonnabend noch im Parteisekretariat und in der Volkswacht-Expedition, Neue Graupenstraße 5, im Arbeitersekretariat, Molatstr. 18/19 und in den Binnenzugängen von Stubl, Leuthenstraße 53, und Reichelt, Matthesstraße 14, zu haben. Der Bildungs-Ausschuß.

Achtung! Käufer und Käuferinnen in Kolonialwaren-Geschäften!

Zu den allergrößten Sorgenheiten gehört es, wenn heute noch Arbeiter und Arbeiterinnen von ihrem Arbeitgeber gemahnt werden, sofern sie von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch machen und sich in Berufsvereinigungen organisieren oder in Zusammenkünften der Arbeitnehmer eines Betriebes Mißstände in demselben besprechen. Den traurigen Ruhm, 4 Arbeiter und 1 Arbeiterin gemahnt zu haben, weil sie weiter nichts getan haben, als sich ihrem Verbande anzuschließen und in einer Betriebsversammlung vorhandene Verhältnisse besprochen zu haben, hat sich die Ein- und Verkauf-Gesellschaft Breslauer Kolonialwarenhändler erworben. Kein wenig Lohnzulage, keine Stunde Arbeitszeitverkürzung ist gefordert worden; nichts haben die Gemahnten getan, was diesen brutalen Gewaltakt rechtfertigen könnte. Wiederholte Verhandlungen der Verbandsvertreter mit Vorstand und Aufsichtsrat dieser Gesellschaft, auch der Appell an die Mitglieder führten zu keinem Resultat. Der nun unvermeidlich gewordene Streik der Angestellten vermochte diese Herren ebenfalls nicht zu bewegen, etwas Entgegenkommen zu zeigen. Unter Berücksichtigung all dieser Momente artikulierte der Verband an das Verwaltungskomitee und dieses beschloß deshalb, den Boykott über obgenannte Gesellschaft zu verhängen. Wir glauben, mit größtem Recht ist wohl noch nie das Gerüchten an die Öffentlichkeit gerichtet worden, Geschäfte streng zu meiden, die das gesetzlich erworbene Koalitionsrecht ihrer Arbeiter so mit Füßen treten, wie es in diesem Falle geschehen ist. Wir richten deshalb den dringenden Appell an die Öffentlichkeit, die auf den in der Stadt verteilten Flugblätter verzeichneten Geschäfte, insbesondere diejenigen der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, solange streng zu meiden, bis diese Gesellschaft die Gemahnten und Streikenden wieder einstellt und Vorkehrungen trifft, daß in Zukunft Arbeiter und Arbeiterinnen sich vereinigen können, wo sie wollen. Wir glauben nach dieser Richtung hin keine Flehbitte getan zu haben und hoffen auf strengste Solidarität. Weibe also jeder die Geschäfte der in dem Flugblatte bezeichneten Kaufleute und gebe ihnen keinen Groschen Verdienst, solange sie koalitions- und arbeiterfeindlich sind. Hoch die Solidarität!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Gewerkschafts-Ausschuß in Breslau.

Die Firma Bial u. Freund schreibt uns: Unter der Aberschrift „Nicht Euch vor Abzahlungsgeschäften“ haben Sie in der gestrigen Nummer der „Volkswacht“ eine Zuschrift des Gärtnerleiters R. Raum, die sich über die Geschäftspraxis bzw. Unreue der unsrer Firma bezieht. Wir bestreiten nicht die zu Unrecht erfolgte Zahlungsaufforderung, bemerken jedoch, daß diese infolge gedankenlosen und unzuverlässigen Arbeitens eines Angestellten erfolgte, der sich nicht die Mühe nahm, die gezahlten Beträge aufzubereiten und der deshalb schon vor einigen Wochen seines Postens enthoben wurde. Die Annahme des Herrn R., daß der zu viel geforderte Betrag verdoren oder daß es deshalb zu einer Klage gekommen wäre, ist irrig, da beim Abschließen des Kontos der Fehler bemerkt und der zuviel gezahlte Betrag ohne weiteres retourniert worden wäre; auch bei Einleitung einer Klage müßte der für diesen Fall zuständige Beamte auf den Fehler kommen. Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns aber gegen die Behauptung des Herrn R., daß das ihm gelieferte Werk „Matens Heilmethode“ um 16 Mk. zu teuer berechnet wurde. Es wird von jedem bestätigt werden müssen, daß der Preis für „Matens Heilmethode“ von der Verlagsbuchhandlung auf 28 Mk. festgelegt ist und daß keine Buchhandlung Deutschlands in der Lage ist, dieses Werk zu einem geringeren, als dem von uns geforderten Verkaufspreise abzugeben. Nur bei Barzahlung darf ein Rabatt von 2 Prozent einräumt werden.

Schachtingenwoll

ppa Bial u. Freund.
M. Jankowicz.

Da der Fehler in diesem Falle von der Firma selbst zugefallen wird, wird sich ja der Betroffene damit begnügen. Das Uebrige wird er ja wohl nicht gelten lassen.

Achtung, Buchbinder! Die Besichtigung des städtischen Wasserwerks am Weidendamms findet Sonntag, den 17. Juli, Vormittags statt. Treffpunkt pünktlich um 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Die Zettel zur Urabstimmung, die der letzten Buchbinder-Zeitung beigegeben waren, sind bis spätestens 13. Juli an die Verbandskommission und von diesen an den Vorsitzenden abzugeben. Letzter Termin: Generalversammlung am Sonnabend, den 23. Juli, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses.

Im „Vergleichen“, Kleischaustraße 23, veranstaltet der Breslauer Arbeiterklub „Hexules“ am Sonnabend, den 16. Juli, Abends 8 Uhr, einen Sommernachtsball mit sportlicher Einleitung. Zu dem Arbeiter-Volkstanz am 24. Juli stellt der Klub als Mitglied der „Freien Arbeiter-Vereinigung Breslau“ eine „Schwergewichtskämpfer-Mannschaft“.

Aus den Kreisen der städtischen Straßenbahner werden uns Klagen über unbillige Behandlung durch die Vorarbeiten überbracht. So sei sogar vor einigen Tagen der Ingenieur Freylich vom Streckenbau dem Schaffner B. gegenüber auf der Linie Lohstraße-Dawitz berart „groß gekommen“, daß sich sogar die Passagiere darüber geärgert hätten. Als der Ingenieur seine „Karte“ vorzeigte, habe B. wie üblich, den Finger an die Miße gelegt. Darauf habe B. laut gesagt: „Nennen Sie nicht kramm stehen, wenn ich Ihnen die Karte zeige? Noch dazu, wo meine Frau und mein Bräutigam dabei sind!“ B. habe sich sofort beim Oberstabschef beschwert, sei aber abgewiesen worden. Wegen eines Ingenieur verbrannte der sich anscheinend nicht fern den Mund. Wir hoffen, daß das durch die Veröffentlichung dieser Zeilen besser werde. Der Direktor, der in einem gewissen früheren Falle erklärte, er schließe die Schaffner, wird das hoffentlich auch gegenüber einem Ingenieur tun. Schaffner sind doch keine Rekruten!

Die Eigentümer wollen sich melden! Bei den gelegentlich der polizeilichen Festnahme der Hirscha-Ballone Schür, Sommer und Thaler bei Verwandten von ihnen vorgenommenen Hausdurchsuchungen ist eine Menge von Gegenständen beschlagnahmt worden, die zweifellos von Einbrechern oder sonstigen Diebstahlheerzählern. Es befinden sich darunter eine Menge verschiedener Vortommomente, ferner Herrenhüte, braune und schwarze Herrenhatschübe, Oberhemden, Kravatten, lobann verschiedene Hütsachen, Blumenvasen, Glaskübel, Ackerböden, Buttergloden und verschiedene andere Glas- und Porzellan-sachen, ferner eine goldene Herrenuhr und Uhretetten, silberne Gläser, Manschettenknöpfe, Ringe, Uhrkettenanhänger, Kravattenknäuel, silberne und andere Taschenuhren, Schirme u. Eigentümern dieser Gegenstände wollen sich schnelligst im Polizeipräsidium, Zimmer 57, melden.

Schlaffenklieb. Bei einer am Neumarkt wohnenden Witwe mietete sich kürzlich ein Mann ein, der sich Schloffer Franz Marx nannte und aus Mailand gebürtig sein wollte. Nachdem er dort 2 Tage gewohnt, verschwand er unter Mitnahme zweier Kopfkissen in weissen mit A. W. bezeichneten Ueberzügen. Der Dieb ist etwa 25 Jahre alt, 1,70 Meter groß, schlant und hat schwarze Haare, schwarzen Bart und Schnurbart, dunkle Augen und brünette Gesichtsfarbe. Er wird zweifellos verurteilt, kein Diebes-gewerbe fortzusetzen; Vermieter seien daher gewarnt und zugleich ersucht, den Schwindler beim Gegenüberbetreten festzuhalten und sofort polizeilich Meldung zu machen.

Vermißt werden seit dem 22. v. M. der Arbeiter Julius Pudwin, Friedrichstraße 96. Er ist 46 Jahre alt, 1,62 Meter groß, hat graues Haar und war mit blauem Jackett, schwarzer Hose und schwarzen Halbschuhen bekleidet. — Ferner wird seit dem 8. d. M. der Schneidelehrling Erich Mühlke, bei Schneidemeister Hartmann, Zanzenstraße 79 in Stellung, vermißt. Er war mit schwarzem Jackettanzug und gelben Schnürschuhen bekleidet, ist 1,50 Meter groß, dunkelblond und hat vorstehende obere Schneidezähne.

Vermißt wird seit dem 3. Juli die 16 Jahre alte Martha Reitschmer aus Pölla. Das für ihr Alter große und starke Mädchen hat hellblondes Haar und das Gesicht weist über der Nase eine kleine Narbe auf; es war bekleidet mit weissen Kleide und weissen Hut. Das Mädchen ist am 4. d. Mts. in Breslau auf der Taschenstraße mit einem Herrn zusammen gesehen worden.

Wer ist der alte Mann? In der verflochtenen Nacht wurde gegen 1 Uhr auf der Straße an der Matthesstraße ein 70 bis 80 Jahre alter Mann in fast völlig entkleidetem Zustande angetroffen, der den Eindruck eines kranken oder Schwachmürrigen machte. Er gab zwar an, Hippolyt Lee zu heißen, Schloffer zu sein und eine an einem Schloffer verheiratete Tochter in Breslau zu haben. Das ließ sich aber bisher nicht nachkontrollieren, da der Alte weder eine Wohnung noch sonst etwas angeben konnte. Er wurde einweilen in Schutzhaft genommen und später ins städtische Armenhaus gebracht. Wer etwas über die Personallien des Verletzten angeben kann, wird ersucht, sich im Zimmer 20 des Polizeipräsidiums zu melden.

Junger Wüstling. Eltern und Pfleger seien warntend darauf aufmerksam gemacht, daß in der letzten Zeit ein junger Wüstling hier sein Wesen treibt, indem er Knaben durch allerlei Verführungen hinaus vor die Stadt lockt, um sich dann in unbilliger Weise an ihnen zu vergehen. Der junge Mensch ist etwa 18 bis 20 Jahre alt, mittelgroß, hager und bartlos. Seine Kleidung hat er oft gewechselt. Jemand, der etwas über seine Ermittlung wissen könnte, wolle man an das Polizeipräsidium, Zimmer Nr. 11, richten.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Giersdorf i. N., 13. Juli. Ein Gemeindevorsteher als Genossenschaftsgauner. Der Lagerhalter des Stommbereins für Giersdorf und Umgebung in Giersdorf erhielt einen Bestimmungsbefehl zur zehntausendfachen Abholung, wegen der Reformationsfeierlichkeiten. Erstens wäre dadurch seine ganze Existenz aufs Spiel gesetzt worden und zweitens ist es nicht leicht einem Vertreter, wenn solcher gefunden wird, das ganze Geschäft zu überlassen, wodurch 500 Mark Konton verloren gehen können. Der Gemeindevorsteher selbst verweigerte wieder allen Nachbes der Realisation des Schrotens, da er es nicht für günstig betrachtete und was sich 500 Mark. Aber es ging auch ohne ihn. Der Lagerhalter wurde von der Abholung freigestellt.

Guhrau, 13. Juli. Bedauerliche Unfälle. Nachdem es der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit seit den Tagen des vorjährigen Parteitagess gelungen ist, die Arbeiter-schaft, soweit sie überhaupt aufklärungs-fähig ist, immer mehr und mehr von der Schädlichkeit des übermäßigen Schnaps-genußes zu überzeugen, ist bekanntlich ein bedeutender Rückgang im Konsum des Trinkbranntweins eingetreten. Ob man in gewissen Arbeitgebetrieben, die sonst wunder wie liberal tun, dem konteraktiven Schnapsdrenner indirekt neue Konsumenten zuführen will, indem man nun die Lehrlinge für den Schnaps begeistern möchte, wissen wir nicht. Jedenfalls ist es aber auch vom erzieherischen Standpunkte aus zu verurteilen, wenn diesen jungen Leuten, statt sie auf die Schädlichkeit des Zusehens hinzuweisen, solcher vom Lehrern selbst vor-gesetzt wird. Bei einem am letzten Sonntag vom hiesigen Alten Turnverein für die Jugend veranstalteten Ausfluge konnte man dies beobachten. In zwei Masken wurde ihnen im Gasthause, gewissermaßen als Stärkungsmittel nach dem Marsche, dieser anaratische Labertum dargereicht und unter dem Augen der Eltern und mancher Lehrherren der Jüglinge dem merklichen Zeug wieder zugesprochen.

Wandern tut uns diese Art Kultur nicht. Wissen wir doch, daß es bei diesen Meistern noch Sitte ist, den Lehrlingen zum Frühstück statt des Zuckers — ein Mäuschen Schnaps vorzusetzen. Das soll dann eine erhöhte Arbeitsfreudigkeit hervorbringen. Zum Glück sind die letzteren oft einseitiger und verschmähen dieses falsche Stärkungsmittel. Zu bedauern bleibt aber, daß die Rettung des Turnvereins so wenig Verständnis für das städtische Wohl ihrer Jüglinge nach einem anstrengenden Marsche besitzt.

Wasserstands Nachrichten der Oder.

Posten, in Wasser fuß 8 Uhr	Rathor	Solet	Krapitz	Reife	Reife Wdg.	Witzig	Witzig Wdg.	Witzig Wdg.	Witzig Wdg.	Witzig Wdg.	Breslau	Witzig Wdg.	Witzig Wdg.	
14. 7.	1,92	1,03	2,85	—	13,84	2,64	1,98	2,32	2,66	2,44	3,32	+	0,27	2,38
15. 7.	1,78	1,10	2,20	3,73	8,23	—	15,20	13,85	2,85	2,66	5,01	+	0,42	2,77
Wittel	1,68	1,09	2,52	3,26	10,54	—	14,50	13,85	2,85	2,66	4,17	+	0,34	2,57

*) Auslieferungsmenge 1,42 m³, 2,07 m³, 4,07 m³, 2,38 m³, 1,88 m³, 5,66 m³, 0,14 m³, 881,61 m³.

Neueste Nachrichten.

Zur Ballon-Katastrophe.

Am 14. Juli. In Reichlingen berichtet allgemeine Trauer. Die gestrige Stadtratssitzung fand unter der Leitung der Rheinisch-westfälischen Motor-Luftschiff-Gesellschaft statt. Auf dem Rathaus und ebenso auf der Ballonhalle wehen die Fahnen auf Halb-mast. Einer der ersten Augenzeugen bezeugt, daß er zunächst einen kleinen Knall hörte, dem ein weiter heftigerer Knall folgte. Er begab sich sofort zur Unfallstelle, wo er einen der Verletzten noch schwer rückwärts vorwärts nach kurzer Zeit verschied auch dieser. Die übrigen vier Toten lagen in einer Blutlache unter dem zerstörten Ballon. Der Fahrer Erbschlag lag von den anderen weiter entfernt, so daß es den Eindruck macht, er sei aus der Gondel gesprungen. Die Verletzten der Verunglückten können auch von den Propellern herköhren, die sich noch in Bewegung befanden, als der Ballon auf der Erde angelangt war.

Ein englischer Militärballon verunglückt?

Abershot, 14. Juli. In der hiesigen Ballonfabrik ist die Nachricht eingetroffen, daß dem Militärballon „Bela“ bei Andover ein Unfall zugefallen ist. Ein Sonderzug mit Gasflaschen ist abgegangen. An amtlicher Stelle wird die Auskunft darüber, ob der Unfall erster Natur ist, verweigert. Einer späteren Meldung aus Andover zufolge kann das Luftschiff heute seine Fahrt fortsetzen. Personen sollen nicht verletzt sein.

Mit dem Ballon abgestürzt.

Wien, 14. Juli. Bei einer kirchlichen Feier in Sand in Tirol führte infolge Ueberlastung ein Hausballon ein, auf dem sich 20 Personen befanden. Sämtliche wurden verletzt, zwei von ihnen lebensgefährlich.

Unter der Erde lebendig begraben.

Worms, 14. Juli. Die Bergungsarbeiten auf Beche „Weingarten“, auf welcher bekanntlich zwei Bergleute durch herabfallende Gesteinsmassen verunglückt wurden, werden mit großem Eifer fortgesetzt. Bis zur Stunde ist es noch nicht gelungen, mit den Ver-schütteten in Verbindung zu treten. Nach Messungen beträgt die Entfernung von den Ver-schütteten noch 20 Meter, die mit festem Gestein ausgefüllt sind. Es ist deshalb nicht daran zu denken, vor Sonnabend zu den Ver-schütteten zu stoßen. Die Luftzufuhr ist reichlich. (Diese Nachricht steht in Widerspruch zu einer anderen, nach welcher ein Mann tot gefunden wurde.)

Spanien und der Vatikan.

Rom, 14. Juli. Wie verlautet, hat der spanische Botschafter beim Vatikan von der Neuerung Anweisung erhalten, sich beim Vatikan krank zu melden, um nach Spanien zurückkehren zu können. Während seiner Abwesenheit werden die Unterhandlungen mit dem heiligen Stuhl unterbrochen.

Erdbeben.

Innsbruck, 14. Juli. Bei dem gestrigen Erdbeben wurde in den Dörfern Seeled und Rastereit einiger Schaden angerichtet. Raminie und Zimmerbecken stürzten ein. Die Leute sprangen instinktiv auf die Straßen. Am stärksten war der Erdstoß im oberen Juntal zu verspüren. Wälder fielen von den Wänden, Türen sprangen auf, Fensterscheiben gingen mehrfach in Trümmer. Auch die Instrumente der Kaiserlichen Erdbebenkommission haben die Erschütterungen registriert.

Briefkasten.

M. K. Kommen Sie wegen der Schuttmannsaffäre in unsere Sprechstunde.
Neu-Salzbrenn. Ueber derartige Fragen müssen sich die Genossen schon ohne Inanspruchnahme der Zeitung unter sich verständigen.
B. E. Berichte über Fabrikationsflüge können wir nicht bringen, da sie allgem. ein Interesse nicht haben.
Freie Turnerschaft Dirschberg. Laut Parteitagbeschlus können Besamwachtungen von Gesang- und Sportvereinen im Vereinslokal nicht aufgenommen werden.
R. Mothenbach. Die Naturalisation eines Ausländers (Dessereichers, Ruffen usw.) kostet in Preußen 150 Mk., bei Bedürftigkeit kann dieser Satz bis auf 5 Mk. ermäßigt werden.
Sch. Weinststraße. Wir können Ihnen nur dringend raten, die 5 Mk. zurückzuzahlen und keinen langen Prozeß zu führen, den Sie doch verlieren müßten.
A. Groß-Rosen. Der Glodenguß zu Breslau ist eine Sage, kein geschichtliches Ereignis.
Sch. 100. Gerichtskosten verfahren in vier Jahren.
S. Brieg. Sie müssen die Krankenkasse beim Magistrat der Stadt Brieg verklagen. Im übrigen wenden Sie sich an den Genossen Mychliki in Bries, Friedrichstraße 29, der Ihnen gern helfen wird.
Zimmermann, Sinter-Fellhammer. Wegen der Kontroll-versammlung darf vom Lohne nichts abgezogen werden. Das bestimmt § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Durch besondere Vereinbarung (Arbeitsordnung) kann aber festgelegt werden, daß für die Zeit der Kontrollversammlungen, militärischen Übungen, gerichtlichen Terminen usw. kein Lohn gezahlt wird. Also sehen Sie nach, was in der Arbeitsordnung steht.
G. Sch. A. Die Höhe der Miete hat mit der Räum-digkeitsfrist gar nichts zu tun. Ist der Mietzins nach Monaten bemessen und laßt, wie es bei Ihnen zutrifft, über die Räumdigkeitsfrist nichts ausgemacht worden, so kann in der Zeit vom 1. bis 15. des Monats gekündigt und am 1. des folgenden Monats ausgezogen werden.
Z. Sahnau. Der Vater soll sich aufziehen geben und nicht klagen, denn es ist ganz zweifellos, daß die 60 Mark der Lohn für das ganze Jahr sind.
Z. R. 26. R. Klipsch in Ohlau, R. Mychliki in Bries, Friedrichstr. 29, R. Bohner in Pögnitz, Rabachstr. 1.

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.
Donnerstag, den 14. Juli:
Maurer. Bersammlung im großen Saal.
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billard-zimmer.
Lagerer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Bersammlung Zimmer 1.
Gelenk-Tischler. Zimmer 2.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7.
Freitag, den 15. Juli:
Krankenkasse „Grundstein“. Generalversammlung. Zimmer 1.
Deutscher Kursus. Zimmer 2.
Zaner-Verband. Zimmer 3.
Stenographen. Zimmer 5 u. 6.
Sonnabend, den 16. Juli:
Verband der Buchdrucker. Großer Saal.
Freie Turnerschaft. Abends Punkt 8 Uhr: Vereinsversammlung. Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt. Zimmer 2.
Parteilager. Bersammlung. Zimmer 6.
Sonntag, den 17. Juli:
Buchbinder. Vormittags 9 1/2 Uhr: Bersammlung und Wäsche zum städtischen Wasserwerk.
Sozialdemokratischer Verein Breslau-Land. Vormittags 10 Uhr: Generalversammlung im großen Saal.

Montag, den 18. Juli:
Sozialdemokratischer Verein Breslau-Ost und -West. Generalversammlung im großen Saale.
Richtort des Sozialdemokratischen Vereins. Vortragsabend von 6 1/2 - 8 1/2 Uhr im Zimmer 7.
Dienstag, den 19. Juli:
Arbeiter-Sänger-Vereinigung Breslau und Umgegend. Schwedentische Probe im großen Saale.
Sonnabend, den 22. Juli:
Vuchbinder. Generalversammlung im Zimmer 2. Vortrag: Vortrag des Stadtvordr. Neukirch.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.
District 7.
 Sonnabend, den 16. Juli, Abends 8 1/2 Uhr: Auszahlung der Abonnementgelder im Districttotal.
District 17 (Schweidnitzer Tor).
 Sonntag, den 17. Juli, findet vom Volke Kollstraße 58 aus eine „Volkswacht“-Agitation statt. Da die Tätigkeitsmarken eingelebt werden, wird um rege Beteiligung ersucht. Mitgliedsblätter mitbringen.
Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).
Neumarkt.
 Landdistrict 2. Sämtliche Bezirke Sonnabend, den 16. Juli, Abends 8 Uhr: Wahlabend und Versammlung im Klein-Candau bei A. Thierwanger. Referent: Gen. Neukirch. Jeder erheime.
Wrieg. Arbeiter-Verband. Jeden Sonnabend Abends bei Peer, Mühlstraße. Abends von 6-7 Uhr. Aufnahme neuer Mitglieder.

Wrieg. Fabrikarbeiter- u. Arbeiterinnen-Verband. Jeden Sonnabend Nachmittags von 5-8 Uhr: Abends und Aufnahme neuer Mitglieder im Vereinszimmer bei Reichelt, Doppelneustraße 12.
Wrieg. Fabrikarbeiter-Verband. Montag, 18. Juli, Abends 8 Uhr: General-Versammlung bei Reichelt, Doppelneustraße 12. Tagesordnung: Kassenbericht. Ertragwabl.
Wrieg. Metzlarbeiter. Sonnabend, den 16. Juli, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Reichelt, Doppelneustraße 12.
Oblau. Zimmerer. Sonntag, den 17. Juli, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung.
Oblau. Maurer. Sonntag, den 17. Juli: Mitglieder-Versammlung bei Reichelt. Bücher und Streifen sind mitzubringen.
Peistertwitz. Maurer. Sonntag, den 17. Juli, Nachmittags 5 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Schaar. Bücher sind mitzubringen.
Striegau. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend, den 16. Juli, Abends 8 Uhr: Versammlung im „Frisch-Bismarck“. Wichtige Tagesordnung.
Schweidnitz. Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, den 20. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, Monatsversammlung im „Goldenen Weber“.
Streit und Umgegend. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend, den 16. Juli, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung.
Sauer. Wahlverein. Montag, den 18. Juli, Abends 8 Uhr: Sitzung im „Adler“. Vollständiges Erscheinen ist erwünscht.

Stegau. Metzlarbeiter-Verband. Sonnabend, den 16. Juli, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Unter anderem Quartalsbericht. Stadtvordr. wahlen. Die Listen der in den Betrieben beschäftigten Wähler sind von den Vertrauensmännern mitzubringen.
Wrieg. Wahlverein. Sonnabend, den 22. Juli, Abends 8 Uhr, findet die General-Versammlung statt. Die Genossen werden ersucht, vollständig zu erscheinen, da Vorstandswahl und andere wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen.
Zillerthal-Schmiedeberg. Verband deutscher Textilarbeiter. Sonnabend, den 16. Juli, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Grundmühle zu Quil. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Bericht des Gauleiters Otto Freylich von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes.
Schmiedeberg. Fabrikarbeiter-Verband. Sonnabend, den 16. Juli, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in den „Drei Kronen“. Wichtige Tagesordnung.
Rawitsch. Gewerkschaftsversammlung. Freitag, den 15. Juli, Abends 8 Uhr, in Sorge's Brauerei, Aufwöski. Tagesordnung: Vortrag des Gauvorsitzers Hermann Zimmer-Breslau über „Die wirtschaftlichen Kämpfe der deutschen Arbeiter im Jahre 1910. Freie Aussprache.“ - An alle Arbeiter und Arbeiterinnen von Rawitsch und Umgegend ergeht die dringende Aufforderung, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Natibor. Oeffentliche Transportarbeiter-Versammlung. Montag, den 18. Juli, im Saale des Herrn Neumann, Wilhelmstraße. Tagesordnung: „Ursachen und Folgen der letzten Wirtschaftskrise und deren Verhütung für die Arbeiterklasse.“ Referent: Kollege Trappe-Deuthen. Freie Aussprache.

Schauspielhaus
 Täglich 8 Uhr:
Im „Taubenschlag“

Sommer-Theater
 (Lieblichs Etablissement).
 Heute Donnerstag:
Taifun.
 Anfang 8 Uhr.
 Im Garten: Grosses Konzert.

Viktoria-Theater
 Täglich:
„Breslau! was sagst Du nu!“
 Neue in 6 Akten mit
Henry Bender.
 Anfang 8 Uhr.
 Preise wie gewöhnlich.

Zeltgarten
 Dir. H. Krainik.
Künstler-Vorstellung
 im
Garten.
 Entree
10 Pfg.

Palmengarten.
 Dir. H. Krainik.
 Innen dazu gepachtet
Garten
Frei-Konzert.

„Scala“
 Sommer-Theater
 Nikolaistraße 27.
 Täglich abends 8 1/2 Uhr:
2 X gelebt.
 Englische Sensations-Komödie
 in 5 Akten, Deutsch v. S. v. Lutz.

„Metropolitan“ überall fälschlich!
 Union-Biere verdienen ihre Bekanntheit ihrer vorzüglichen Selbstmälchheit.

Dresdener Auto-Schule
 Lerne jeden Mann in 3-4 Wochen zum tüchtigen Chauffeur aus. Stellen werden vermittelt. R. Müsch, Dresden-N., Johann-Breuerstraße 22. [3508]

2 gebrauchte Singer-Maschinen
 für 15 und 24 Mk., sehr gut laufend, bei
 Rosenfeld, Neumarkt 1. [2758]

Brot, Semmel u. Kuchenware
 in nur bester Qualität empf. Kuchenschnecker, Badermeister, Semmelstraße 22. [3283]

Rohtabake
 in großer Auswahl empfehlen billigst
Carl Rothe & Rode
 Breslau I, Dammstraße 20.

Wilhelmsburg **Strohmitzwer**
 verbunden mit Präsent-Volouffe. [3507] F. Hübner.

Kentschel's Etabi., Pöpelwitz.
 Heute Donnerstag: 3506
Grosses Tanz-Kränzchen.
 Volles Orchester. - Präsent-Volouffe. - Entree frei.
 Sonntag, den 17. Juli: Großes Blauen-Korso-Fest.

Etabi. Bergkeller
 Heute Donnerstag: **Großes Kinderfreudenfest** Im Saal:
 à la Jung-Seidelberg. **Elite-Ball.**
 Sonnabend, den 16. Juli: **Breslauer Athletenklub Merkules**
Sommernachts-Ball. 3890

8 Achter-Bahn 8
 In einer interessanten Fahrt
 führt die [3511]
8 Achter-Bahn 8
 auf den Teichäckern
 die beste Gelegenheit. Geöffnet täglich nachmittags von 4 Uhr bis abends 10 Uhr.
 Fahrpreis: Erwachsene 30 Pf., Kinder 20 Pf.

Verband freier Gast- und Schankwirte
Sitz Berlin (Zahlstelle Breslau).
 Freitag, den 15. Juli, nachm. 3 Uhr, bei Kollegen Hüter, Fehlpfennersstraße 18: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Verbandstage. 2. Quartalsabrechnung. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. [374] Kollegen! Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser so wichtigen Versammlung zu erscheinen. J. R. H. Helmrich.

Konsumverein für Jastrow u. Umgegend
 eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 Sonntag, den 24. Juli cr. nachmittags 3 Uhr
 findet bei Herrn Schälke, Königsbergstraße, die
ordentliche General-Versammlung
 statt. [3514]
 Tages-Ordnung: 1. Vierteljahrsbericht. 2. a) Wahl des nunmehr ablaufenden Vorstandes u. der Aufsichtsratsmitglieder. b) Erziehung eines Aufsichtsratsmitgliedes. 3. Abrechnung des Jahres. 4. Verschiedenes.
 Der Aufsichtsrat des Konsumvereins für Jastrow und Umgegend
 E. G. m. b. H.
 Fris Wendler, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
 Für die Hausbesitzer der Stadtteile nördlich der Ober, also der Ober-, Sand- und Scheiniger Vorstadt mit Leberbeutel (steht schon jetzt staubfreie Mülleimer, die den Anforderungen der am 1. Oktober d. J. für das bezeichnete Stadtgebiet in Kraft tretenden Polizeiverordnung vom 22. Juni 1908 in Verbindung mit der Polizei-Verordnung vom 22. Juni 1910 - vergl. Nr. 52 des Breslauer Fremden- und Intelligenz-Blattes der Jahrgänge 1908 und 1910 - genau entsprechen, in unserer Marktallinspektion, Wehnergasse 2, während der Dienststunden von 8-1 und 3-6 Uhr, zum Verkauf bereit. Der Kaufpreis von 4,50 Mk. für das Stück ist sofort in der Marktallinspektion bei Abholung der Eimer zu zahlen. [3510]
 Breslau, den 8. Juli 1910.
Der Magistrat.

Wir empfehlen:
Pos von der Kirche.
 Eine durch drei Ordnungsstufe und Wortentziehung unterbrochene, aber im Feenpalast zu Berlin vollendete Landtagsrede von Adolph Hoffmann.
 Preis 20 Pfennige.
Buchhandlung „Volkswacht“

Nachdem ich mich durch gerichtlichen Vergleich vom 1. Juli cr. verpflichtet habe, die Bezeichnung „Pilsener Bier“ auf Flaschen, ihrer Verpackung etc. zu unterlassen, gebe ich hiermit öffentlich bekannt, dass ich nunmehr die Bezeichnung:

Helles Tafel-Bier

für mein ganz helles Lagerbier anwenden werde. 3509

Breslau VI, im Juli 1910. **C. Kipke, Brauerei.**
 Fernruf Nr. 26.

„Nordsee“

Schmiedebrücke 19
 Fernsprecher 3284
 Stadtbahnbogen
 Fernsprecher 4223
 Markthalle I

Aus eigenen Fängen in unserem Kühlwaggon lebendfrisch eintreffend:

pro Pfd.
Goldbarsch 18
Cabliau im Schnitt 22
Seelachs im Schnitt 22
Schellfisch im Schnitt 25

ferner:
Angelschellfisch
Bratschellfisch
Steinbutt
Austernfisch
Heilbutt 3 1/2
Rotzungen
Schleien
Fluss-Zander
Flusshecht etc. etc.
Krebse in allen Größen zu billigstem Tagespreis.
 Kochrezepte gratis.

Achtung! Liegnitz!
 Den werten Genossinnen und Genossen zur gef. Mitteilung, daß ich das bisher der Frau Anna Plizke, Ring 47, gehörige
Vorkostgeschäft
 käuflich erworben habe. Es wird fortgesetzt mein Bestreben sein, die weitgehenden Ansprüche zu befriedigen. Ich bitte bei etwaigem Bedarf um gef. Anordnung und zeitige hochachtungsvoll
Aug. Wolf.

Krimke & Co.
 Breslau, Neue Graupenstraße 7.
 Billigste Bezugsquelle für
gebogene Möbel
 Spezialität:
Restaurations- und Saal-Stühle.
Preis-Listen gratis und franko.

Alkoholfrage und Arbeiterklasse
 von Dr. Fröhlich.
 Eine empfehlenswerte Agitationsbroschüre.
Preis 20 Pfg.
 Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

Wir empfehlen:
August Bebel
Aus meinem Leben.
 Brosch. Mk. 1.50, gebd. Mk. 2.00, auch in 15 Heften
à 10 Pfg.
 Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht.

Buchhandlg. Volkswacht.
 Hygienium und Sozialismus
 A. Bebel 0.10

17. Jahresversammlung des Centralverbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands.

Dr. G. H. H. spricht über die
„Kerze- und Apothekerfrage.“

Die Kerzefrage ist eine Lebensfrage für die Krankenkassen. Sie hat in der Regierungsvorlage eine Regelung gefunden zum Nachteil der Kassen, die unseren Widerstand herausfordert. Wir erkennen die Bedeutung des Kerzezustandes an und auch die Notwendigkeit einer angemessenen Bezahlung. Wir wenden uns aber gegen eine Überforderung der ärztlichen Fortbildungen und gegen die Ausschreitungen des ärztlichen Realisationsrechts. Die freie Arztwahl liegt nicht im Interesse der Krankenkassen im allgemeinen, sondern nur im Interesse einer bestimmten Organisation. Es versteht sich dahinter, daß der Kerzezustand ein ungerechtes Parteirecht für die Kerze ist. Die Regierung soll sich überlegen, einer Organisation eine Waffe in die Hand zu geben, die eine von ihr selbst geschaffene soziale Institution. Die Regierungsvorlage ist nicht geeignet, die Krankenkassen vor unberechtigten Forderungen der Kerzeorganisation zu schützen und Frieden herbeizuführen. Alle Kreise der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sind sich darin einig, daß die Krankenkassen nicht ein Ausbeutungsgefäß für den Kerzezustand auf Kosten der wirtschaftlich Schwächeren sein dürfen. Gegen den Vorschlag, daß kein Arzt aus politischen, religiösen oder nationalen Gründen von der Krankenbehandlung ausgeschlossen ist, haben wir nichts einzuwenden, obwohl dieser Vorschlag überflüssig ist. Die Krankenkassen haben immer bedauert, daß nur wissenschaftliche Befähigung des Arztes für sie maßgebend ist. Das hat selbst der Abg. Dr. Mugdan zugeben müssen. Von allen Seiten ist das Vorgehen der Kerzeorganisation in der Kommission verurteilt worden. Der Abgeordnete Mugdan ist in der Kommission aufgetreten, als ob er von dem Leipziger Verband in den Reichstag gewählt worden wäre. (Hört, hört!) Die Beschlüsse der Reichstagskommission haben eine Reihe Unklarheiten übrig gelassen. Wir wollen nicht herrschen, sondern die Krankenkassen lebensfähig erhalten. Wir hoffen, daß der Appell, den die berechtigten Vertreter der Krankenkassen in letzter Stunde noch erheben, bei der Regierung und dem Reichstage nicht ungehört verhallt. Wir wollen nichts Unbilliges, sondern nur ausgleichende Gerechtigkeit. (Lebh. Beifall.)

„Angeklagtenrecht“

Er erblickt in der dem Oberversicherungsamt eingeräumten Befugnis der Anstellung der Assenbeamten einen Eingriff in die bisherige Selbstverwaltung. Durch die Erteilung der Beamtenqualifikation würden die Angeklagten verhindert, ihre Überzeugungen fest zu entfalten. Man will auf diesem Umwege aus politischen Erwägungen das Selbstverwaltungsrecht der Kassen beschneiden und dem Beamten seine politische und religiöse Unabhängigkeit nehmen. Wir müssen verlangen, daß die Anstellung der Angeklagten und die Aufstellung der Dienstanordnungen wie bisher ausschließlich das Recht der Kasse bleibt. (Lebh. Beifall.)

Die prophylaktischen Aufgaben der Krankenkassen.

Er verlangt eine Erweiterung der Krankenbehandlung und der Leistungen der Krankenkassen. Bei der Minderermittlung sind kleine Verbesserungen vorgeschlagen. Im Interesse eines gesunden Nachwuchses muß die Mutterkassensicherung aber eine viel umfangreichere werden. Wenn die Krankenversicherung ausschlaggebend auf die Gestaltung der Volksgesundheit sein soll, dann muß notwendig die Krankenbehandlung auf die Familie ausgedehnt werden. Der § 872 ist eine der erfreulichsten Verbesserungen der Reichsversicherungsordnung, für die wir schon seit Jahrzehnten gekämpft haben. Es können nun endlich die Mittel der Kassen benützt werden zu allgemeinen Schutzmaßnahmen zu Gunsten der Versicherten. Jetzt bietet sich den Kassen ein schö-

ner Ausblick, vordringend zu wirken. Es sei daran zu erinnern, daß der Internationale Tuberkulosekongress für die deutschen Krankenkassen einen Markstein bildet. Dort haben sie gelernt, welche Aufgaben den Krankenkassen erwachsen im Kampfe gegen diese Volksseuche. Die Bestimmungen für die Hausarbeiter sind teilweise so handhabbar, daß sich eine Handelskammer dagegen gewendet hat. Die Krankenversicherung müsse so gestaltet werden, daß sie ein stärkeres Wort gegen Krankheiten und das stärkste Bollwerk für die Volksgesundheit sei. (Lebh. Beifall.)

Diskussion.

In der Debatte konstatiert Fabrikbesitzer Wiesner, Leipzig, daß die großen Erfolge der Krankenkassen dem Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu danken seien. Das harmonische Verhältnis würde sich aber wohl noch idealer gestalten, wenn der Vorstand zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und aus Arbeitnehmern gebildet würde. (Aberbruch.) Redner tritt dann für die freie Arztwahl ein, die sich in Leipzig behauptet habe. Man solle dem Kerzezustand nicht die Rechte beschneiden und die Hände binden wollen. (Widerbruch.)

Landtagsabgeordneter Frähdorf-Dresden tritt dem Vorredner entgegen. Das Arztsystem zu bestimmen ist Sache der Kasse und der Versicherten und unter keinen Umständen der Kerze. Auf dieser Grundlage hoffen wir auch mit dem Reichstag und der Regierung uns zu verständigen. In Leipzig sei die freie Arztwahl nicht freiwillig eingeführt, sondern durch Verordnung und des Reichstags. In dem Augenblick, wo die freie Arztwahl vorgeschrieben sein wird, werden die Kerze den Krankenkassen ihre Verhältnisse diktiert. Redner bringt dann einen Fall zur Sprache, der ihn selbst betrifft. Er sei im letzten Winter erkrankt gewesen und habe in 40 Grad Fieber gelitten. Der in Vertretung seines ständigen Arztes herbeigekommene Dr. Worsbach habe, nachdem er einmal da gewesen war, die Weiterbehandlung abgelehnt mit den Worten: „Wenn Frähdorf behandle ich nicht, der ist ein Feind der Kerzeorganisation.“ (Hört, hört!) Sanitätsrat Schmidt in Leipzig habe als Vorstand der Leipziger Organisation dieses Verhalten gebilligt. In Dresden sei er nicht in Gefahr um ärztliche Hilfe gekommen. Die Kerze sei aber in einem Dilemma, wo er auf diesen Arzt angewiesen wäre? (Sehr wahr!) Das ist doch das, was alle Grenzen überschreitet! (Sturm. Beifall.) (Hört, hört!) Wo Leben und Gesundheit in Frage stehen, muß doch der Mensch in erster Reihe Mensch sein! (Sturm. Beifall.) Nachdem diese Sache im sächsischen Landtag zur Sprache gebracht wurde, hat der Leipziger Verband mit unvorbereiteten Behauptungen gegen mich operiert.

Ich muß daher an dieser Stelle vor aller Öffentlichkeit folgendes erklären: „Herr Dr. Worsbach ist ein gelehrter Schüler des Leipziger Verbandes und hat wider besseren Willens diese Behauptung aufgestellt, um mich als Vorredner des Centralverbandes der Ortskrankenkassen in der Öffentlichkeit herabzusetzen.“ Ich erwarte die weiteren Schritte des Herrn Worsbach.“ (Sturm. Beifall.)

Weiter teilt der Abg. Frähdorf mit, daß zur Frage der Häufigkeit 448 Fragebogen verschickt worden sind. 32 Kassen hätten die Beantwortung abgelehnt und 310 geantwortet. Von letzteren haben sich 274 Kassen mit 831 Vorstandsmitgliedern aus dem Arbeitgeberstande gegen die Halbierung der Beiträge ausgesprochen, für die Halbierung 33 Kassen mit 105 Arbeitgeber-Vorstandsmitgliedern. Auf die Frage, ob sich in den Kassen unzulässige politische Untertöne gezeigt haben, haben 263 Kassen mit nein und 23 mit ja geantwortet. Diese Fragebogen werden dem Reichstage unterbreitet werden. (Beifall.)

Es folgte dann noch eine längere Debatte, an der sich eine große Reihe Redner beteiligten. Am Schluß der Debatte erklärte der Vorsitzende Abg. Frähdorf-Dresden, daß er es nicht für notwendig halte, jetzt noch der Versammlung Resolutionen zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Stellungnahme des Kongresses gebe aus den Referaten und der ganzen Verhandlung hervor. Sie wollen sich beantragen, dem Reichstag und der Reichsregierung die Protokolle der Verhandlungen zu unterbreiten.

Damit schloß die Besprechung der Reichsversicherungsordnung und die Weiterverhandlungen wurden auf Dienstag früh vertagt.

Regensburg, den 12. Juli.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst beschlossen, den Internationalen Arbeiterberufungskongress im Saal zu beschicken. Mit der Vertretung der Ortskrankenkassen wurden be-

auftragt Verwaltungsdirektor Hesse, Dresden und Abgeordneter Frähdorf, Dresden.

Stralitz, Gumburg beantragte die Herbeiführung einer einheitlichen Krankenkassenstatistik. G. e. r. m. a. n. u. Bremerhaben die Einführung einheitlicher Krankenkassenberichte. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Statistik notwendigen Vorarbeiten einzuleiten.

„Alkohol und Krankenkassen“

Er hob hervor, daß die Krankenkassen in ganz hervorragender Weise an der Bekämpfung des Alkoholgenusses beteiligt seien, da der Alkohol die Ursache zahlloser Krankheiten sei und die Krankenkassen erheblich belaste. Abgesehen von den direkten Alkoholkrankheiten sei es auch der Alkohol, der bei einer Reihe von Krankheiten mitgeholfen hat. Es liegt im Interesse der Krankenkassen selbst, wenn sie auch prophylaktisch mitarbeiten. Die Krankenkassen müssen, ohne in eine direkte Gegnerschaft gegen die Alkoholindustrie zu treten, auf eine allg. e. m. e. i. e. M. A. S. I. G. I. T. hinwirken. Das können sie durch Vorträge, durch populäre Darstellungen der hauptsächlichsten Wirkungen des Alkoholismus usw. Die Krankenkassen müssen mitarbeiten an der Bekämpfung der nassen Lufthaken über den Alkohol, sie können auch, ohne daß sie große Mittel aufzubringen haben, ausrechnen, wie lange und wie häufig diese Alkoholkrankeheiten in den Kassen der Krankenkassen geführt werden und was die Krankenkassen dafür ausgeben. Man wird auf diese Weise an der Volksgesundheit wesentlich mitarbeiten. (Lebh. Beifall.)

Vorsitzender Frähdorf-Dresden: Ich sei mitgeteilt worden, daß die Brauerei Union sich mit dieser Tagung beschäftigt habe und hier ein Referat halten wolle. Die Herren befanden sich in einem Irrtum. Die Tagung sei kein offener Kongress, sondern ein Delegiertentag, und der Vorstand wolle sich die Herren, an die er Einladungen geschickt, selbst aussuchen. Ebenso bestimme auch die Leitung, wer ein Referat zu halten habe. Es habe sich übrigens ein Herr, der die Brauereindustrie hier vertreten wolle, nicht gemeldet. Wenn jedoch aus den Reihen der Delegierten jemand das Wort dazu nehmen wolle, so würde es diesem natürlich freistehen. Es sei allerdings kaum anzunehmen, daß dies der Fall sein werde. (Lebh. Beifall.)

Hierauf erhielt der Generalsekretär des Verbandes gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, Prof. G. o. n. j. e. r. Berlin das Wort: Daß der Kongress in Regensburg und in Hohenbergern die Alkoholfrage angefaßt habe, beweise einen hohen Grad von Courage. (Beifall.) Es sei dankenswert, daß der Ortskrankenkassen diese Frage zum zweiten Male gründlich und sachlich zur Debatte gestellt habe. Die Notwendigkeit eines gründlichen Kampfes gegen die Tuberkulose wird seit Jahren von niemandem mehr bestritten. Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Stellungnahme gegen den Alkoholismus sei erst eine Errungenschaft der neueren Zeit. Es sei das eine Folge der Erfindungen, die geistige und körperliche Arbeiter gemacht haben, nämlich, daß sowohl die geistige Arbeit, als auch die körperliche Ausdauer und Kraft durch den Alkoholismus beeinträchtigt werden. In der Schweiz wird seit einer Reihe von Jahren bei allen Todesfällen von dem Arzte eine Rubrik „Alkoholismus“ ausgefüllt. Dabei ergibt sich, daß bei allen Todesfällen unter 40 Jahren in 10 Prozent, bei über 40 Jahren in 15 Prozent die Todesursache mit dem Alkohol zusammenhängt.

In Charlottenburger Krankenhause ist festgestellt worden, daß jeder fünfte Kranke, der in der inneren Abteilung behandelt wird, Symptome einer Krankheit aufweist, die auf starkes Trinken zurückzuführen ist. Es ist die Zahl der Kranken, die den Krankenkassen infolge des Alkoholismus zur Last fallen, eine viel größere, als wissenschaftlich absolut nachweisbar ist. Die Wirkungen des Alkoholismus treten um so mehr in Erscheinung, je größer die Unterernährung und je schlechter die Nahrungsbedingungen sind. Dieser Verbot ist gezielte Bekämpfung, an den Krankenkassen die Prophylaxe (Vorbeugung) oder Beschränkung sie jedenfalls auf die engeren Grenzen. Seit einer Reihe von Jahren habe der von ihm vertretene Verein in Eingaben und persönlichen Vorstellungen sich bemüht, diese Schranken zu beseitigen. Nach dem Entwurf sollen sie ja nun fallen. Dann werden die Krankenkassen freie Kassen haben. Neben der Unfallversicherung können die Krankenkassen wesentliches zur Volksgesundheit tun, wenn sie mitarbeiten an dem Ausbau von Trinker-Fürsorge- und Trinker-Heilstätten. (Lebh. Beifall.)

Dr. G. r. a. n. f. u. r. t. a. M. beauftragte, daß der Referent nicht als Abstimmungsreferent aufzutreten sei, sondern für die Maßnahmsbestimmungen. In der Unfallfrage spiele der Alkohol indirekt eine sehr große Rolle. In Werkstätten, in denen der Alkoholgenuss abgesehen ist, sei nachweisbar die Unfallhäufigkeit zurückgegangen. Ein sehr bemerkenswertes Aufgebändnis habe auch die Brauerei-Ind-

Die Katastrophe des „Erbisloh“.

Bereits in einem Teile unserer gestrigen Auflage konnten wir Mitteilung von einem neuen heftigen Unfall machen, den die deutsche Luftschiffahrt erlitten hat. Es handelt sich um den Ballon „Erbisloh“. Er lag in Leichtingen am Mittwoch früh 3 Uhr auf. Nach etwa 3 Kilometer weiter Fahrt in ziemlich hoher Höhe platzte der Ballon, sobald die Insassen mit furchtbarer Wucht zur Erde gescheitert und sämtlich auf der Stelle getötet wurden. Die Namen der fünf Insassen, die bei der Katastrophe getötet wurden, sind: Erbisch, Elberfeld (Führer), Fabritant, Bölle, Barman, die Ingenieure Franz, Hagen und Höpp, Elberfeld und der Monteur Spieck. Die Leichen sind schrecklich verstümmelt. Die Gondel ist vollständig zertrümmert. Der Motor hat sich tief in die Erde eingebohrt.

Die Ursache.

Die Rheinisch-Westfälische Motor-Luftschiffahrt-Gesellschaft, die Besitzerin des Ballons war, teilt bezüglich der Ursache des furchtbaren Ballonunglücks mit, daß wohl die genaue Ursache niemals bestimmt wird festgestellt werden können, da einmal die, die etwas davon wissen, tot sind, dann auch von der Erde aus nichts beobachtet werden konnte, weil zwischen Erde und Ballon starke Nebelschichten sich ausbreiteten. Eine Explosion kann jedenfalls nicht stattgefunden haben, da der Ballon zum Teil noch mit Gas gefüllt war. Die technische Untersuchungskommission, die kurz nach dem Unglück am Ort der Katastrophe eintraf, nimmt mit ziemlicher Bestimmtheit an, daß die Katastrophe herbeigeführt wurde infolge des schnellen Wechsels zwischen dem Nebel, der die Seitenhülle vollständig durchdrang und das Gas verdrängte, und den brennend heißen Sonnenstrahlen, die das Gas plötzlich sich ausdehnen ließen. Die Ballonhülle war der plötzlichen Ausdehnung nicht gewachsen und platzte infolgedessen.

Wie nicht gemeldet wird, ist das Unglück dadurch entstanden, daß ein großer Riß in der Ballonhülle entstand,

wodurch der Ballon sich aus ziemlicher Höhe auf die Erde hinabschloß. Die Leichen der Verunglückten wurden sofort in die Leichlinger Ballonhalle geschafft, wo sich beim Eintreffen der Verwandten der Getöteten herzerweichende Szenen abspielten.

Später wurde wieder behauptet, daß „Erbisloh“ trotz mehrfacher Warnungen von anderer Seite bei dichtem Nebel aufsteigen ist. Landleute, die auf dem Felde arbeiteten, bemerkten plötzlich, wie die Ballonhülle in einer Höhe von 800 Metern geriss. Das Unglück ereignete sich in unmittelbarer Nähe von Neuentrop, einem kleinen Dörfchen. Die Leichlinger Feuerwehr und Sanitätskolonne und die Neuentropener Feuerwehr leisteten die ersten Hilfsarbeiten, bei denen sich auch die Landbevölkerung beteiligte. Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Unfalls machte sich ein ungeheurer Menschenstrom bemerkbar, der besonders gegen Mittag immer mehr zunahm.

Der zerstörte Ballon.

Der Anblick, der sich an der Unfallstelle bietet, ist ein grauerregender. Drähte, Teile der Motoren, Federn der Ballonhülle, Latze, Instrumente und Reste bilden ein wirres Durcheinander. Wie sich durch Aussagen von Landleuten, die dem Unglück beigewohnt haben, ergibt, ist das Unglück nicht auf eine Explosion in der Luft zurückzuführen, sondern darauf, daß der Ballon infolge der starken Bestrahlung durch die Sonne in große Höhen getrieben wurde und dort platzte, da die Ballonhülle dem Druck des Gases nicht mehr gewachsen war. Die Bauern des Ortes überflimmern, daß sie die morselanten Töne der Propeller in großer Entfernung gehört haben, aber trotz aller Beobachtungen nichts von dem Luftschiff wahrnehmen konnten. Plötzlich sei das Luftschiff aus den Wolken herabgefallen, mit der Spitze nach vorn. Der hintere Teil sei noch mit Gas gefüllt gewesen, während der vordere Teil leer war.

Verstümmelte Leichen.

Die Leichen der Verunglückten sind so verstümmelt, daß man sie kaum wiedererkennen kann, und bilden eine unförmliche Masse. Auffallender Weise sind allen die Schuhe von den Füßen gerissen. Ihre Hände sind krampfhaft zusammengeballt, so daß man annimmt, daß die Opfer der Katastrophe kurz vor dem Unglück einige entsetzliche Sekunden durchgemacht haben. Auch die Glieder der Verunglückten sind förmlich in Stücke zerfallen. Obgleich schon wenige Minuten nach dem Unfall fast alle Kerle aus Plätzen zur Stelle waren, an ihrer Spitze Gehirner Sanitätsrat Lehmann, kamen sie doch zu spät: es gab nichts mehr zu retten. Die Leichen wurden mit vieler Mühe aus dem unendlichen Gewirre von Drähten und Netzen, in die sie verwickelt waren, befreit und dann auf Sanitätswagen nach Leichlingen transportiert. Demnachmittags wird eine gerichtliche Kommission den Tatbestand aufnehmen,

Die Vergungsbereiten

sind nahezu vollendet. Die Hülle zeigt einen Riß von etwa 3 Meter Länge. Die Bevölkerung in der Nähe des Unglücksplatzes will deutlich zwei scharfe Detonationen gehört haben: einen schwächeren und einen starken Knall. Man erklärt sich erstere damit, daß das Gehäuse des Apparates bei dem Aufsprall auf den Erdboden mit ziemlichem Knall zusammenbrach, während der zweite starke Knall wohl von einer Explosion herrühren dürfte, die durch die Veranschlagung des Wasserstoffgases des Ballons mit dem Sauerstoff der atmosphärischen Luft entstanden sein mag. Wie mehrfach beobachtet wurde, ist jedoch der Motor bis zum unmittelbaren Eintritt der Katastrophe intakt geblieben und zertrümmert erst, als er auf die Erde aufstieß. Er soll auch bis dahin gearbeitet haben. Der Benzinbehälter ist wunderbarer Weise ganz geblieben und war noch mit Benzin gefüllt. Auch an der Hülle haben sich keine Brandspuren gezeigt. Noch vor kurzem war Erbisch von einem Herrn, der ein neues Luftschiffmodell baut, der Vorschlag gemacht worden, einen Fallschirm über der Gondel anzubringen, was Erbisch aber verworfen.

Die letzte Nachricht.

An der Unglücksstelle wurde ein aus einem Notizbuch herausgerissener Zettel gefunden, den die Mutter des Ingenieurs Höpp als von der Hand ihres Sohnes herrührend bezeichnete. Die Aufzeichnungen lauteten: Abfahrt 9 Uhr 4 Min., Reigen bis 9 Uhr 9 Min.; dichter Nebel ohne jede Aussicht auf die Erde. Im Norden kommt die Sonne durch den immer noch dichten Nebel. Höhenmesser abwärts, 880 Meter hoch. 9 Uhr 11 Min.

Der Führer Oscar Erbisch

war einer der bekanntesten deutschen Aeromanen und Sieger in zahlreichen Ballonkonkurrenzen. Von seinen Ballonfahrten ist eine der bemerkenswertesten wohl die Fahrt im Jahre 1906 von Düsseldorf nach Sorau, 660 Kilometer. Aber auch die Fahrt von Paris nach Vercy, dann die Westfahrten von Mannheim und Düsseldorf 1907 und die Fahrt von Coblenz nach dem Bodensee stellen ihn in die Reihe der erfolgreichsten Ballonfahrer. Einen glänzenden Sieg errang er mit dem Ballon des Freiherrn v. Erwald im Kampfe um den Goldpokal des Aero-Club de Belgique. Unter 23 Ballons erzielte er mit dem Ballon „Pommern“ die größte Entfernung von 1000 Kilometern. Ganz besonders aber wurde er dadurch bekannt, daß er die Gordon-Bennet-Fahrt in St. Louis 1907 gewann und damit den wertvollsten Preis nach Deutschland brachte. Auch an dem von Berlin aus veranstalteten Gordon-Bennet-Fliegen im Jahre 1908 beteiligte er sich

